

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 4



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 12. 3. 1991

WORT UND WIDERWORT

Sollen alle Hauptschulen in NRW zu Gesamtschulen werden?

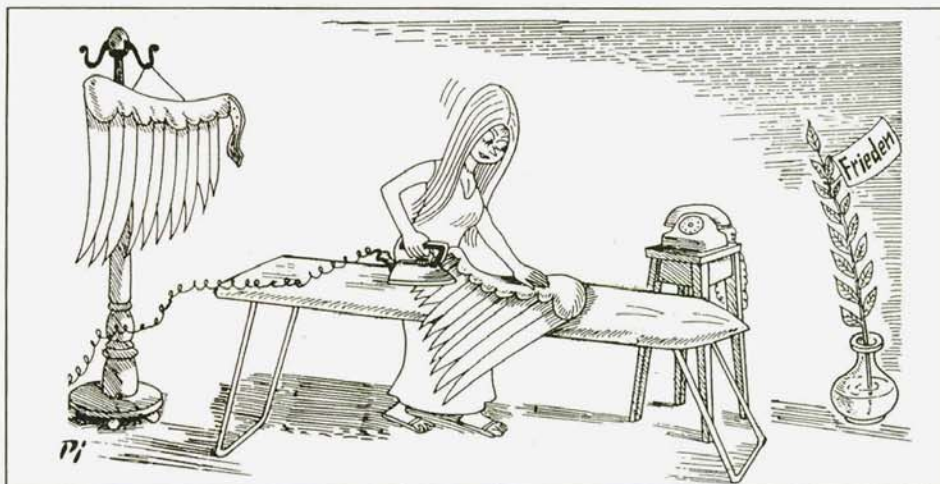
Dieses Thema stehe politisch nicht zur Debatte. Es wäre Unsinn, „alle Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen zu Gesamtschulen“ zu machen. Gesamtschulen seien Schulen für alle Schülerinnen und Schüler und träten nicht an die Stelle von Hauptschulen, insbesondere nicht an die Stelle von zu klein gewordenen. Diese Ansicht vertritt der SPD-Abgeordnete **Dr. Manfred Dammeyer**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** meint, schon lange sei es kein Geheimnis mehr, daß sich die Lieblingskinder der SPD zu Gesamt-Hauptschulen entwickelt hätten. 80 Prozent der dort Unterrichteten seien erwiesenermaßen Hauptschüler. Angesichts der hohen Hauptschüler-Quoten seien nachhaltige Konsequenzen unvermeidbar. Benötige die Gesamtschule überhaupt eine Oberstufe, obwohl dort kaum noch Gymnasiasten seien, lautet seine Frage. Der F.D.P.-Abgeordnete **Andreas Reichel** betont, die F.D.P. erkenne die schwindende Akzeptanz der Hauptschule bei den Eltern. Wichtiger als die Erhaltung jeder Hauptschule sei daher die Sicherung ihres unverzichtbaren praxisorientierten Bildungsganges im Schulangebot. Erforderlich sei ein Maßnahmenbündel und daß die Ausbildung praktischer Begabungen einen neuen Stellenwert erhalte. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Brigitte Schumann** erklärt, falls die Gesamtschule automatisch auf die Rolle des natürlichen Rechtsnachfolgers oder Konkursverwalters der Hauptschulen reduziert werden solle, dann sei diese Frage mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Die integrierte Gesamtschule ersetze mit ihrer Konzeption alle aussondernden Schulformen des gegliederten Schulwesens, also auch das Gymnasium. (Seite 2)

Landtag greift den Export von Rüstungsgütern auf Verschärfung der Kontrollen

Mit einer aktuellen Stunde, die sich mit Zwangsuntersuchungen an Frauen bei der Wiedereinreise aus den Niederlanden wegen des Verdachts eines Schwangerschaftsabbruchs befaßt, beginnt eine zweitägige Plenarsitzung des Landtags am 13. März.

Die 1. Lesung eines Landesabfallgesetzes in Verbindung mit einem Abfallwirtschaftsgesetz und Abfallbeseitigung schließt sich an. Danach beschäftigt das Plenum die Absicherung des Pflgerisikos und eine gesetzliche Pflegeversicherung. Luftverkehr in NRW, Wohnungsnot, Erhalt von Cappenberg, Änderungen des Landeswassergesetzes und der Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung, hochschulrechtlicher Bestimmungen, des Studentenwerksgesetzes und des Feiertagsgesetzes folgen als Themen in der Beratung, wobei die letzteren drei Tagesordnungspunkte in 2. Lesung behandelt werden. Am 14. März stehen u.a. die Qualifizierungsarbeit der beruflichen Schulen in NRW nebst Neuorientierung der Berufsbildung, eine Verschärfung des Verbots zur Ausfuhr von Kriegswaffen, ein Flüchtlingsvorsorge-

programm 1991 sowie die Asylpolitik des Innenministers, die Rechte des Kindes, Stärkung des Föderalismus, Rücknahme der Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung und Ermittlung des Lehrbedarfs zur Debatte.



Auf Abruf

Zeichnung: Pielt (Kölner Stadtanzeiger)

Die Woche im Landtag

Partnerschaft

Die Hauptausschüsse der beiden Landtage in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen wollen in Partnerschaft enger zusammenarbeiten. (Seite 3)

Europa-Forum

Die SPD-Fraktion will ein europäisches Forum im Landtag nicht gegen den Willen der Opposition durchführen. (Seite 4)

Modellrechnungen

Mit der Ermittlung des Lehrbedarfs hat sich der Ausschuß für Schule und Weiterbildung befaßt. Modellrechnungen sollen helfen. (Seite 5)

Risiko

Hohes Niveau technischer Sicherheit im Industrieland Nordrhein-Westfalen schließt Risiken dennoch nicht aus. (Seite 9)

Hilfsaktionen

Für 72 Hilfsmaßnahmen hat die Landesregierung bisher 5,4 Millionen Mark im Rahmen ihrer humanitären UdSSR-Hilfe bereitgestellt. (Seite 10)

Willensbildung

Nach Auffassung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe sollten Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Willensbildung beteiligt werden. (Seite 11)

WORT UND WIDERWORT

Neuer Stellenwert für Ausbildung praktischer Begabungen

Von
Dr. Manfred Dammeyer

Sollen alle Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen zu Gesamtschulen werden? Nein. Dieses Thema steht politisch nicht zur Debatte. Es wäre Unsinn, „alle Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen zu Gesamtschulen“ zu machen. Die Veränderung des Wahlverhaltens der Eltern für die Schullaufbahn ihrer Kinder gegenüber früheren Jahren betrifft alle Schulformen des gegliederten Schulwesens. Auf diese Veränderung reagieren die Gemeinden als Schulträger in ihrer Schulentwicklungsplanung — unter anderem auch mit der Errichtung von Gesamtschulen. Gesamtschulen sind Schulen für alle Schüler und treten nicht an die Stelle von Hauptschulen (insbesondere nicht an die Stelle von zu klein gewordenen).

Gnadenbrot für Diensthunde der Polizei

Nach durchschnittlich sieben Jahren „Dienst“ scheiden jährlich 80 bis 90 Diensthunde der nordrhein-westfälischen Polizei aus. Wenn ein Hund nicht mehr den dienstlichen Anforderungen entspricht, wird er in der Regel vom bisherigen Diensthundführer oder von einem anderen Polizeivollzugsbeamten in Pflege genommen. Dazu wird zwischen dem Land und dem Polizeivollzugsbeamten ein Pflegevertrag geschlossen, in dem unter anderem geregelt ist, daß das Land einen monatlichen Pflegezuschuß von 50 Mark zahlt, die Kosten der tierärztlichen Versorgung übernimmt und auch für die Hundesteuer aufkommt, wenn die Gemeinde nicht auf die Erhebung dieser Steuer verzichtet. Dies erklärt Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Herbert Heidtmann, der sich nach der Versorgung aus dem „Staatsdienst“ ausgeschiedener Polizeihunde erkundigt hatte, weil ihm Berichte über die Praxis in Bayern zu Ohren gekommen waren: Dort seien die ausscheidenden Hunde für den Staat „erledigt“ und die Hundeführer, die die „pensionierten“ Vierbeiner aufnehmen, hätten für den Unterhalt selbst aufzukommen. Mit seiner Antwort stellt Schnoor sicher, daß die insgesamt 474 Diensthunde, die die nordrhein-westfälische Polizei unterhält, fest mit einem staatlich subventionierten Gnadenbrot rechnen können (Drs. 11/1262).

Von
Herbert Reul

Die Hauptschule hat hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Vieles wurde hier entwickelt und erprobt, was sich im Laufe der Jahre bewährte. Trotz schwieriger Bedingungen und großer Benachteiligung haben sich Lehrerinnen und Lehrer stets für ihre Schülerschaft stark gemacht.

Leider darf mit Macht vieler Stimmen nicht erblühen, was gar so prächtig gedeiht. Denn bildungspolitische Dogmatiker, die „Zauberkünstler“ der SPD-Landesregierung, favorisieren allein die Gesamtschule. So verwundert es kaum, daß die Hauptschule einen immer schwereren Stand ausfechten muß.

CDU: Hauptschule darf nicht die Zeche zahlen

Schon lange ist es kein Geheimnis mehr, daß sich die Lieblingskinder der SPD zu Gesamt-Hauptschulen entwickelt haben. 80 Prozent der dort Unterrichteten sind erwiesenermaßen Hauptschüler. Ist es nicht letztlich untrügliches Zeichen eines wachsenden Trends und Ergebnis bedenkenloser SPD-Schulpolitik, wenn Städte wie Duisburg appellieren, alle noch verbliebenen Hauptschulen in Gesamtschulen umzuwandeln?

Angesichts der hohen Hauptschüler-Quote sind dann aber nachhaltige Konsequenzen unvermeidbar. Wie wird die Gesamtschule den an sie gestellten Anforderungen gerecht? Benötigt sie überhaupt eine Oberstufe, obwohl dort kaum noch Gymnasiasten sind?

Die Befürchtung der CDU, die Gesamtschule könne als integrierte Schulform nicht alle Kinder gleichermaßen fördern, wird durch die aktuelle Entwicklung in NRW eindrucksvoll bestätigt. Unter den bekannten Verhältnissen dürfte es wohl kaum gelingen, andere Gruppen als die der potentiellen Hauptschüler anzusprechen. Die Gesamtschulidee ist gescheitert. Warum soll die Hauptschule nun die Zeche bezahlen?

Von
Andreas Reichel

An einem besteht kein Zweifel: Unsere Gesellschaft benötigt gut ausgebildete junge Menschen, deren Begabungen nicht nur im theoretischen Bereich, sondern gleichwertig auch im praktischen Bereich gefördert werden müssen. Die Hauptschule als weiterführende Pflichtschule galt früher als der Lernort, der hierfür am besten geeignet war. Zug um Zug wurde durch Veränderung der Richtlinien und Lehrpläne sowie unterlassene politische Unterstützung durch die Landesregierung und die SPD-Fraktion die Hauptschule in eine Krise gebracht. Sie wurde zur Restschule heruntergeredet.

Parallel zu dieser Entwicklung veränderten sich die pädago-

F.D.P.: Praxisorientierte Bildungsgänge notwendig

gischen Bedingungen an der Gesamtschule. Unter den politisch gewollten veränderten Schülerströmen litt — neben der Auszehrung der Hauptschule — auch der Bildungsgedanke der Gesamtschule, die sich mehr und mehr aufgrund einer eigentlich nicht gewünschten Schülerpopulation zu einer Ersatz-Hauptschule entwickelte. Deshalb könnte das Aufgehen aller Hauptschulen des Landes in Gesamtschulen eine durchaus logische Folge sein. Wäre da nicht die Landesverfassung, deren Artikel 12 der Hauptschule den Fortbestand garantiert! Wäre da nicht die Rechtsprechung, die festgestellt hat, daß der spezielle Bildungsgang der Hauptschule sich in der Gesamtschule nicht wiederfindet! Wäre da nicht das pädagogische Programm einer Gesamtschule, die zu ihren Ursprüngen zurückfinden muß, will sie ihren Bildungsanspruch überhaupt noch erfüllen!

Die F.D.P. bekennt sich zu diesen Grundsätzen. Sie erkennt aber auch die schwindende Akzeptanz der Hauptschule bei den Eltern. Wichtiger als die Erhaltung jeder Hauptschule ist daher die Sicherung ihres unverzichtbaren praxisorientierten Bildungsganges im Schulangebot. Erforderlich ist ein Maßnahmenbündel und daß die Ausbildung praktischer Begabungen einen neuen Stellenwert erhält.

Von
Brigitte Schumann

Falls mit der Frage die Gesamtschule automatisch auf die Rolle des natürlichen Rechtsnachfolgers oder Konkursverwalters der Hauptschulen reduziert werden soll, dann ist diese Frage mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Die integrierte Gesamtschule ersetzt mit ihrer organisatorischen und pädagogischen Konzeption alle aussonderten Schulformen des gegliederten Schulwesens, also auch Gymnasium und Realschule. Die Frage, was mit den SchülerInnen im sozialen Ghetto der Hauptschule zukünftig werden soll, stellt sich allerdings zu Recht als drängendes Problem. Es ist aber nicht einsichtig, warum das Gymnasium als „Ober“schule und die Realschule als „Mittel“schule, die die Hauptschule strukturell zur „Unter“schule im hierarchisch gegliederten System gemacht haben, aus ihrer Verantwortung für die HauptschülerInnen entlassen werden sollen.

GRÜNE: Verpflichtung für alle Schulformen

Auch sie müssen ihren Anteil bei der Förderung von sozial benachteiligten, ausländischen und lernschwachen Jugendlichen übernehmen. Förderung ist angesichts einer generell steigenden Tendenz von förderbedürftigen Kindern und Jugendlichen aller Schichten die unabweisbare pädagogische Verpflichtung für alle Schulformen.

Falls sich die Fragestellung auf den Fall Duisburg bezieht, wo die Schulleiter aller Duisburger Hauptschulen gemeinsam mit den Eltern und LehrerInnen die Umwandlung ihrer Schulen in Gesamtschulen fordern, dann läßt sich an diesem Konflikt das ganze bildungspolitische Dilemma der sozialdemokratischen Schulpolitik in NRW aufzeigen: entgegen dem pädagogischen Anspruch, das dreigliedrige Schulwesen zu ersetzen, ist die Gesamtschule nur als ergänzendes Angebot schulrechtlich verankert und somit zur 4. Schulform im Bereich der Sekundarstufe I geworden, die mit dem Gymnasium konkurrieren muß. Um nicht in den Sog des Verlierers und den Geruch der Ersatzhauptschule zu geraten, gehen nun die Duisburger Gesamtschulen auf Distanz zu der Forderung der Hauptschulen.

Die Landesregierung traut sich nicht, an die Ursache des Übels zu gehen, nämlich an das gegliederte Schulwesen und die Bestandsgarantie für die drei anderen Schulformen der Sekundarstufe I. In dieser Situation bleibt ihr die Möglichkeit, die Gesamtschulen personell, finanziell und schulrechtlich so zu unterstützen, daß sie ein jeweils individuelles, den örtlichen Verhältnissen angepaßtes, organisatorisches und pädagogisches Profil entwickeln können.

Partnerschaftliche Kooperation mit Brandenburg angestrebt

Die Hauptausschüsse der beiden Landtage in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen wollen enger zusammenarbeiten. Mit dieser Partnerschaft soll die enge Zusammenarbeit, die die Regierungen beider Bundesländer beschlossen haben, parlamentarisch begleitet werden. Beide Hauptausschüsse beschlossen am 28. Februar eine gemeinsame Resolution (siehe Kasten), die auf der nächsten Plenarsitzung des Landtags beraten und verabschiedet werden soll.

Bevor der Text des interfraktionellen Antrags erörtert und beschlossen wurde, erhielten die Gäste aus Brandenburg Gelegenheit, die Lage in ihrem Bundesland zu beschreiben und ihre Sorgen und Erwartungen im Prozeß des Zusammenwachsens von alten und neuen Bundesländern darzustellen. Wolfgang BIRTHLER, Vorsitzender der Brandenburgischen SPD-Fraktion und Vorsitzender des Hauptausschusses im Partnerland, dankte zu Beginn für die Hilfe aus NRW, ohne die der Parlamentsbetrieb in Potsdam nicht so schnell in Gang gekommen wäre. Er und seine Kolleginnen und

Kollegen seien dabei, sowohl Gegenüber als auch Zusammenarbeit von Parlament und Regierung zu lernen und einzuüben. Die Lage im Bundesland Brandenburg (und anderswo) drohe sich zu verschlimmern, soziale Spannungen seien abzusehen, wenn „nicht deutliche Zeichen gesetzt werden“. Dabei denke man in den fünf neuen Ländern nicht an ständige Almosen, sondern sei entschlossen, den Prozeß aus eigener Kraft mit eigenen Mitteln fortzuführen. BIRTHLER: „Jede Verzögerung treibt die Menschen noch tiefer in die Angst und würde auch noch teurer werden.“ Hauptaufgabe in diesem Jahr sei die Verwaltungsreform. Der Hauptausschußvorsitzende kündigte zum Schluß an, daß es in Brandenburg eine eigene Landesrundfunkanstalt geben werde — „mit enger Kooperation“, wie er hinzufügte.

„Wenn die Probleme nicht an Ort und Stelle gelöst werden, dann verlagern sie sich nach hier. Daran kann niemandem gelegen sein“, betonte Rainer SIEBERT, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender. Er konstatierte Zurückhaltung bei den privaten Investoren, darum gelte es,

durch Ausbau der Verwaltung vor allem auf kommunaler Ebene (Rechtswesen, Liegenschaftsämter und Bauordnungsbehörden) diese Hemmnisse zu beseitigen. Siebert machte sich für einen tatsächlichen, nicht einseitigen Austausch von Verwaltungsfachleuten stark: Es sollten nicht nur Kommunalbeamte aus NRW in die neuen Bundesländer entsandt werden; die hier freiwerdenden Stellen sollten durch Angestellte der öffentlichen Verwaltung aus den neuen Bundesländern gefüllt werden. Bisher habe sich zu viel Hilfe auf die Bildung der Länder konzentriert, meinte er.

Martin Habermann, CDU-Abgeordneter aus Brandenburg, regte an, die Grundbuchämter in den neuen Bundesländern zeitlich begrenzt zu unterstützen und die Ansiedlung von Betrieben dadurch zu unterstützen, daß beim Aufbau einer funktionierenden Wirtschaftsförderung geholfen wird. Außerdem bat er die politisch Verantwortlichen hierzulande, Investitionen durch „direktes Animieren der Industrie“ zu aktivieren.

An die Altlast von 40 Jahren Entmündigung der Bürger der ehemaligen DDR erinnerte Günter Nooke, Vorsitzender der Fraktion des Bündnis 90: „Wir wollen eigenständig handeln lernen“; darum sei es die Aufgabe aller, Mut und Selbstbewußtsein der Menschen zu stärken. Das sei besser, als wenn wieder nur Rezepte geboten würden. Im Warten auf den neuen Investor sah er auch eine Gefahr: Dann brauche man nämlich wieder nichts zu tun.

Auf Risiken verwies auch Professor Dr. Lothar BISKY, Vorsitzender der Fraktion der PDS-LL. So gingen zur Zeit viele kleine Existenzgründer in den neuen Bundesländern pleite. Die Politikverdrossenheit nehme zu, die Abwanderung in die alte Bundesrepublik sei im Steigen begriffen. Neben der Industrie liege in den neuen Bundesländern auch die Landwirtschaft am Boden, ergänzte BISKY die Lagebeschreibung.



Eine gemeinsame Erklärung beider Landtage war der zentrale Punkt der Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Reinhard Grätz (rechts). Links neben Grätz der Vorsitzende des Hauptausschusses des Landtags in Brandenburg, Wolfgang BIRTHLER. Neben BIRTHLER Dr. Franz-Josef HESSING von der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei.
Foto: Schüler

Professor Dr. Kurt H. BIEDENKOPF, ehemaliger Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag sowie CDU-Fraktionsvorsitzender und heute Ministerpräsident des neuen Bundeslandes Sachsen, hat sein Aufsichtsratsmandat bei der Hoesch AG in Dortmund niedergelegt. BIEDENKOPF war bei der letzten Hauptversammlung am 22. Juni 1990 in das oberste Hoesch-Kontrollgremium gewählt worden.

Stärkung des Föderalismus durch eine Zusammenarbeit der Landtage

Brandenburg und Nordrhein-Westfalen

Die Deutsche Einheit ist Chance und Herausforderung für den Föderalismus. Die großen Aufgaben in den neuen Ländern können nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden. Die Handlungsfähigkeit der Länder muß auf parlamentarischer und administrativer Ebene bewahrt werden, entwickelt und gestärkt werden.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen und der Landtag Brandenburg erklären ihren Willen, partnerschaftlich im Geiste des Föderalismus zusammenzuarbeiten. Sie unterstützen die zwischen den Regierungen der Länder mit dem Regierungsabkommen über umfassende Zusammenarbeit vom

27. November 1990 gegründete Partnerschaft.

Die Landtage beider Länder begrüßen auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kommunen. Ziel der parlamentarischen Kooperation ist vor allem:

- die Entwicklung von beiderseitigen Initiativen zur Festigung und Vertiefung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit,
- der Erfahrungsaustausch bei der Gesetzgebung und der sonstigen parlamentarischen Arbeit,
- die Nutzung von Erfahrungen beim Auf-

bau eines Landes für die Überprüfung bestehender Strukturen in Nordrhein-Westfalen und

- die parlamentarische Ausfüllung der Abkommen und Verträge zwischen den beiden Ländern.

Die Koordinierung der parlamentarischen Partnerschaft obliegt den Hauptausschüssen beider Landtage. Zur Vorbereitung der Einzelheiten der praktischen Zusammenarbeit werden sie eine gemeinsame Kommission bilden, in der die verschiedenen politischen Kräfte beider Parlamente vertreten sind.

Im Hauptausschuß werden die Hoffnungen nun auf Sponsoren gesetzt

SPD will Europa-Forum nicht ohne Opposition



Die Mitglieder des nordrhein-westfälischen und des brandenburgischen Hauptausschusses wurden von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Mitte) empfangen. Die Präsidentin überreichte dem Vorsitzenden des Hauptausschusses des Landtags Brandenburg, Wolfgang Birthler (Bild) sowie dessen Kolleginnen und Kollegen ein Gastgeschenk. Dritter von rechts der Vorsitzende des NRW-Hauptausschusses, Reinhard Grätz (SPD).
Foto: Schüler

Die SPD will ein Europa-Forum im nordrhein-westfälischen Landtag nicht gegen den Willen der Oppositionsfaktionen durchführen. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, erklärte bei einer Sitzung des Hauptausschusses am 28. Februar 1991, wenn die Opposition nicht bereit sei, wolle man die Veranstaltung „in Gottes Namen“ streichen. Vor dem Hauptausschuß, der unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) tagte, und an dessen Sitzung die Mitglieder des brandenburgischen Hauptausschusses als Gäste teilnahmen, betonte die CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi, ihre Fraktion sei dagegen, ein Europa-Forum mit Kosten in Höhe von 350 000 Mark zu machen. Sie deutete jedoch die Möglichkeit der Zustimmung an, falls es gelingen sollte, Sponsoren für ein derartiges europäisches Forum zu finden. Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn nannte das einen „faulen Kompromiß“. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde empfahl, darüber noch einmal im Unterausschuß „Europapolitik“ zu sprechen. Vorsitzender Grätz verwies darauf, daß in der nächsten Woche „Schlußtermin“ für eine Entscheidung sei.

Jeder Tag, der verstreiche, verringere den Spielraum, meinte der Vorsitzende. Unter Hinweis auf einen bestehenden Beschluß des Hauptausschusses bat der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender, diesen Beschluß nicht in Frage zu stellen, um Verträge abschließen zu können. Er teilte mit, der Haushaltsrahmen liege bei 350 000 Mark. Das sei keine Verpflichtung, sondern eine Ausgabenermächtigung. Es müßten Verträge abgeschlossen werden. Das könne man nicht mit der vagen Aussicht auf Sponsoren. Der Rahmen, in dem prominente Redner und Gäste gewonnen werden könnten, werde mit jeder Woche Verzug immer enger.

Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büsow erinnerte zuvor daran, Gespräche hätten gezeigt, daß es möglich sei, die Kostenrechnungen abzuschmelzen, wenn für Teile des Forums Sponsoren gefunden werden könnten. Büsow hatte dabei unter anderem Messengesellschaften im Blick. Auch er betonte, ein solches Forum könne man sinnvollerweise nur zusammen machen. Es müsse eine Veranstaltung des Landtags sein. Wenn man sich als Organvertretung

auf europäischer Ebene noch einbringen wolle, müsse das vor der Konferenz von Rom geschehen. Nach der Sommerpause sei es zu spät. Er würde es bedauern, „wenn wir uns als Parlament nicht einbringen“. Büsow mahnte: „Wir brauchen Bündnispartner in Europa. Es wird sehr, sehr schwer werden.“

Vorsitzender Grätz sagte daraufhin: „Wir sollten heute im Gespräch klären, was zu klären ist.“ Daraufhin machte die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi die Position der Union deutlich. Inhaltlich wolle ihre Fraktion die Stärkung der Position des Landes bei einer europäischen Neuordnung „politisch mit allen Kräften unterstützen“. Wenn man sich jedoch die tatsächliche Haushaltslage anschau, sehe man sich nicht in der Lage, einer solchen Veranstaltung zustimmen zu können. Selbst 200 000 Mark hielt Frau Hieronymi noch für zuviel. Sie zeigte sich indessen offen für eine Durchführung mit Hilfe von Sponsoren, wenn es dadurch gelänge, die Veranstaltung „nahezu ohne Belastungen zu machen“.

Sie glaube nicht, daß es so einfach gehe, wie Frau Hieronymi es dargestellt habe,

meinte dagegen die Grünen-Abgeordnete Bärbel Höhn. Für eine Entscheidung wichtig sei die Beantwortung der Frage: „Wollen wir die Veranstaltung durchführen, ja oder nein?“ Wenn ja, müßten auch Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden. „Uns ist dies Anliegen so wichtig, daß wir diesen Posten im Haushalt einsetzen“, schloß Frau Höhn. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde erläuterte, seine Fraktion habe die Veranstaltung zunächst zur Disposition gestellt. Er bat um Verständnis, daß man heute keine Entscheidung treffen könne. Für die nächste Woche könne er sich jedoch vorstellen, daß man sich auf die Veranstaltung einige. Die Veranstaltung müsse im Kontext mit anderen Einsparungen gesehen werden. Daß die Länder ihre Interessen noch vor der Konferenz von Rom zum Ausdruck brächten, hielt auch Rohde für außerordentlich wichtig.

Satellitenkommunikation

Beim Tagesordnungspunkt „Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Wege zu europaweiten Systemen und Diensten – Grünbuch über ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Satellitenkommunikation in der Europäischen Gemeinschaft“ betonte Vorsitzender Reinhard Grätz das grundsätzliche Einverständnis des Hauptausschusses zur Satellitenkommunikation. Den Gästen aus Brandenburg erklärte Grätz, es gebe bereits eine Stellungnahme, in der die Absicht der EG im Grundsatz begrüßt werde, auf diesem Gebiet Kooperation und Normierung einzuführen. Befürwortet werde der breite Zugang zur Satellitenkommunikation. Ferner sei der Gedanke festgehalten, Satellitenkommunikation eröffne für osteuropäische Länder die Chance, am gesamteuropäischen Geschehen besser teilnehmen zu können. Weiterhin müsse darauf gedrungen werden, daß durch den Ausbau der Satellitenkommunikation die Medienpolitik der Mitgliedsländer nicht unnötig tangiert werde. „HDTV fördern wir“, fuhr der Vorsitzende fort. Aber man müsse darauf aufmerksam machen, daß durch die Einführung von Normen und Vorläufornormen für HDTV (High Definition TeleVision) nicht bewährte Normen wie zum Beispiel PAL und damit die Entwicklung bei konventionellen Systemen abgeschnitten werde. Allseitig großes Lob erntete der Bericht der Sachverständigen-Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – auch in einem vereinten Europa“. Grätz schilderte wiederum mit Blick auf die Partner aus Brandenburg, der Bericht habe große Bedeutung für die Föderalismusdebatte in der Bundesrepublik. Für den zuständigen Ausschuß sagte der Vorsitzende der Kommission Dank. Mit der Zusage des Berichtes sei versucht worden, Impulse nach Brandenburg zu geben. Auch anderen Länderparlamenten solle der Bericht vorgestellt werden. Sprecher der Fraktionen sagten ebenfalls Dank für den Bericht. Noch vor der Sommerpause wird dazu eine Stellungnahme des Hauptausschusses erfolgen.

Weiterhin auf der Tagesordnung: Wie viele Lehrer braucht das Land?

Schulversuch Integration behinderter Kinder läuft in Kürze aus

Mit seiner Sitzung am 20. Februar setzte der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) die Beratungen zum Haushaltsgesetz 1991 (Drs. 11/800) und zu § 21 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 — Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen (Drs. 11/802) — fort. Auf Befragen der Parlamentarier gab Staatssekretär Dr. Friedrich Besch vom Kultusministerium Zusatzinformationen zu verschiedenen Kapiteln und Titeln des Einzelplans 05 — Kultusministerium — (Vorlage 11/263), soweit Fragen zum Haushaltsentwurf nicht bereits schriftlich beantwortet worden waren.

Landtag und Landesregierung haben in letzter Zeit verstärkt die Frage erörtert, wie viele Lehrer im Lande benötigt werden. Mit der Bestandsaufnahme über die Praxis der Ermittlung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung — Ermittlung des Lehrbedarfs — unterrichtete der Landesrechnungshof (LRH) das Parlament gemäß § 99 Landeshaushaltsordnung. Die Beschlußfassung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuß zu der entsprechenden Vorlage 11/103 war daher ein weiterer Tagesordnungspunkt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, sich dem einstimmigen Votum des Ausschusses für Haushaltskontrolle anzuschließen, fand nicht die Zustimmung der anderen Fraktionen. Sie forderten die Landesregierung auf, unverzüglich Konsequenzen aus den LRH-Feststellungen zu ziehen und Modellrechnungen vorzulegen, aus denen sich die Auswirkungen der geänderten Bedarfelemente auf den Stellenbedarf ergeben. Staatssekretär Besch betonte, die Bestandsaufnahme des Landesrechnungshofes sei sehr hilfreich gewesen und werde Einfluß auf die Schüler-Lehrer-Relation haben. Dabei dürfe allerdings die Frage nach den Kosten nicht außer Betracht bleiben. Außerdem erwarte die Landesregierung weitere Aufschlüsse aus dem Organisationsgutachten. In zeitlicher Abstimmung mit der Gutachterfirma werde die interministerielle Projektgruppe zu gegebener Zeit einen Abschlußbericht vorlegen. Nach weiterer kontroverser Beratung faßte der Ausschuß einstimmig den Beschluß, sowohl dem Votum des Ausschusses für Haushaltskontrolle beizutreten als auch die Landesregierung aufzufordern, weitere Modellrechnungen vorzulegen. Das Begehren der Oppositionsfraktionen auf sofortige Umsetzung war von der SPD-Fraktion zuvor abgelehnt worden.

Im Anschluß daran berichtete der Staatssekretär über erste Vorstellungen der Landesregierung zur Organisationsuntersuchung im Schulbereich (Vorlage 11/325). Wie Besch unter anderem ausführte, sei ein Stadium erreicht, in dem es schon erste entscheidungsreife Lösungsansätze gäbe. Er nannte

dabei die Dekonzentration des Lehrereinstellungsverfahrens mindestens auf die Ebene der Regierungspräsidenten, die zeitliche Entzerrung der Einstellungen, Besetzung freier Lehrstellen auch während des Schuljahres und die Ausdehnung des Vorschlagsrechts der Schulträger gemäß § 23 Schulverwaltungsgesetz auf die Besetzung aller Schulleiter/-vertreterstellen. Diskussionsbedürftig dagegen seien noch folgende Lösungsansätze:

- Flexibilisierungsmöglichkeiten beim Lehrereinsatz, insbesondere zur Sicherung von Vertretungsunterricht
- Überprüfung der Regelungen des Landespersonalvertretungsgesetzes mit dem Ziel, das Lehrerversetzungsverfahren sowie den schulformübergreifenden Lehrereinsatz zu optimieren, ohne den Wesensgehalt der Mitbestimmung anzutasten



Zu einem Antrittsbesuch hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) den türkischen Botschafter Dr. Onur Öymen empfangen, der sich bei dieser Gelegenheit in das Gästebuch des Landtags eintrug.

- Schulaufsichtliche Aufgaben, insbesondere auch Maßnahmen der Personal- und Stellenbewirtschaftung, sollen möglichst ortsnah wahrgenommen werden
- kommunale Schulträger erhalten mehr Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte, ohne daß die grundlegende Verantwortung des Landes für das Schulwesen antastet wird.

Nach Vorlage der vollständigen Unterlagen solle das Gesamtkonzept im September 1991 erarbeitet werden. Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung nahm die Ausführungen als Teilbericht zur Kenntnis mit dem Hinweis, erst bei Vorlage des vollständigen Konzeptes die Diskussion mit der Landesregierung aufzunehmen.

Vor dem Hintergrund des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN (Drs. 11/324) — Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in die Regelschule — wollte Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) wissen, wie viele Anträge für das Schuljahr 1991/92 auf Förderung in der Primarstufe bekannt seien. Ein Vertreter des Kultusministeriums sprach von insgesamt 25 bis 30 Anträgen aller Interessenvertreter oder -verbände. Eine Entscheidung über

den laufenden Schulversuch an 80 Grundschulen sei noch nicht getroffen. An jeder der 80 Schulen seien aber durchschnittlich drei Klassen, also insgesamt 240 Integrationsklassen, eingerichtet.

Andreas Reichel (F.D.P.) wies darauf hin, daß der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN sich gegen die zeitliche Begrenzung des Schulversuches richte. Sinn eines solchen Versuches sei es aber nach seinem Verständnis, ihn zeitlich und sachlich zu begrenzen. Ihn interessiere, ob und wann es konkrete Planungen für eine Veränderung und Verbesserung des Sonderschulnahmeverfahrens gäbe.

Brigitte Speth (SPD) erklärte, man solle den Elternwünschen durchaus Rechnung tragen, allerdings müsse das auch bezahlbar sein. Das Hauptproblem sehe sie weniger im Primarbereich. Ihr bereite vielmehr Sorge, wie der Übergang in den Bereich der Sekundarstufe I funktionieren solle. Das

Problem beim Übergang in den Sekundarstufe-I-Bereich sei eben auf das gegliederte Schulsystem zurückzuführen, verdeutlichte Hans Frey (SPD). An diesem Punkt müsse man weiterdenken.

Für Karl-Heinz Brülle (SPD) waren die Auswirkungen des Modellversuchs auf das bestehende Sonderschulwesen noch nicht geklärt. Im übrigen, so merkte er an, würden Kinder im Normalfall am Ende der 4. Klasse in verschiedene Schulformen wechseln. Besser wäre wohl eine gemeinsame Weiterbildung.

Beatrix Philipp (CDU) kritisierte, es sei von Anfang an voraussehbar gewesen, daß Probleme bei der Weiterbeschulung auftauchen würden, weil die Eltern sich zum Ende der 4. Klasse die Frage stellten, wo ihr Kind jeweils am besten gefördert wird.

Der Vertreter des Kultusministeriums wies die Vorwürfe der unvollständigen Planung zurück mit dem Hinweis, wegen des hohen Prägewertes in der Kindheit sei der Schulversuch bewußt nur für die ersten vier Schuljahre angelegt. Mit Ablauf des Schuljahres 1991/92 werde der Schulversuch auslaufen. Dann müßten weitere Entscheidungen getroffen werden.

Weiterbildung: Frauen stellen Erfahrungen und Forderungen dar

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Frauenpolitik am 22. Februar unter Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) nahmen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichsten Verbänden und Institutionen zur Situation und zu den Erfahrungen von Frauen in der Weiterbildung Stellung. Gefragt wurde unter anderem nach den Zielen und Inhalten, den Zugangsmöglichkeiten, der Finanzierung und der Bedeutung der beruflichen Weiterbildung.

Die Bundesanstalt für Arbeit definiert Weiterbildungsmaßnahmen als Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Zwar sei, so Gerhard Engelbrech vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, der Anteil der Frauen an Weiterbildungsmaßnahmen deutlich gestiegen, sie zögen aber noch immer die Anpassungsmaßnahmen und die nichtabschlußbezogenen Kurse den qualifizierten Kursen oder den Aufstiegsmaßnahmen vor.

Nach Auffassung von Dr. Karin Derichs-Kunstmann, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., sei „Bildung zwar eine notwendige Voraussetzung für Chancengleichheit und Gleichberechtigung, eine tatsächliche Chancengleichheit setze aber die Veränderung gesellschaftlicher Wertmaßstäbe und Gratifikationen voraus“.

Gerda Krug von der LAG „Arbeit und Leben“ vertrat ebenfalls die Ansicht, daß „Chancengleichheit ein gesamtgesellschaftliches strukturelles Problem sei, das durch Weiterbildung nicht gelöst werden könne“. Die LAG verfolge das Ziel, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu erreichen.

Im beruflichen Weiterbildungsbereich steht derzeit für Prof. Christiane Schiersmann, Universität Heidelberg, die Forderung nach Herstellung gleicher Zugangsmöglichkeiten im Vordergrund. Frauen seien strukturell benachteiligt, weil sie noch immer in weniger qualifizierten Bereichen arbeiten, wo Weiterbildung unmittelbar nicht erforderlich ist, weil betriebliche Weiterbildung sich in erster Linie auf die Fach- und Führungskräfte konzentriere und den Frauen nach wie vor eine starke Familienorientierung unterstellt werde.

Nach Auffassung des Landesfrauenrates Nordrhein-Westfalen, so Bärbel Steinkemper, dürfe sich Weiterbildung nicht nur auf berufliche Weiterbildung beschränken, sondern müsse auch persönlichkeitsbildend wirken. Im Rahmen der beruflichen Weiterbildung werde die Berufsorientierung oder -findung von Mädchen und Frauen zu wenig beachtet und gefördert.

Die Berufsbiographie von Frauen ist nach Auffassung von Christiane Siegel, Beratungs- und Bildungszentrum für Frauen zur Erwerbssituation – Die Spinnen, durch spezifische „(Soll-)Bruchstellen“ gekennzeichnet; hier setzten dementsprechend die Angebote des Zentrums an, etwa personenorientierte Einzel- und Gruppenberatungs- sowie Seminarangebote zur beruflichen Ori-



Langer Freitag für den Ausschuß für Frauenpolitik bei der Anhörung zur Weiterbildung, vorne links: Vorsitzende Marie-Luise Morawietz (SPD).
Foto: Schüler

entierung und Motivierung, Gruppenangebote zur Begleitung von Frauen während der beruflichen Wiedereingliederungsphase.

Gaby Meyer-Ullrich von BAF-Berufsrückkehr alleinerziehender Frauen, einem Projekt im Landesverband des Vereins alleinerziehender Mütter und Väter, stellte die These auf, daß „Qualifikationsdefizite als Argument erhalten müssen, wo strukturelle Benachteiligungen verschleiert werden sollen“. Trotzdem halte sie Qualifizierungsprojekte für erforderlich, da minderqualifizierte Frauen kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten.

Die „AG Frauen“ in der Konzentrierten Aktion Weiterbildung beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat sich folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt: Weiterbildung von Frauen im betrieblichen Kontext, Multiplikatorenweiterbildung, Situation der Frauen in den neuen Bundesländern.

Die fachliche Förderung der Weiterbildung und die Unterstützung der entsprechenden Einrichtungen (VHS, Familienbildungsstätten, der Gewerkschaften und der Wirtschaft etc.) in der bedarfsgerechten Planung und Durchführung ihrer Angebote auf der Grundlage des nordrhein-westfälischen Weiterbildungsgesetzes ist Aufgabe des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung.

Nach Ansicht von Birgit Meyer-Ehlert, Sprecherin des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung, sei die „Schaffung und Erweiterung eigenständiger Frauenbildungsbereiche und autonomer Frauenbildungsprojekte vordergründiges Ziel, solange die gesellschaftlichen und weiterbildungspolitischen Strukturen patriarchalisch geprägt sind und eine gleichberechtigte Teilhabe Utopie ist“. Damit in der Weiterbildung Lösungen für die unterschiedlichen Problemlagen geboten werden könnten, sei eine starke strukturelle Ausstattung notwendig.

Zur Situation der Frauen in der VHS nahm Dr. Renate Strauch für den Landesverband der VHS Stellung. Von der Teilnehmerschaft her sei die VHS eindeutig eine „Frauen-Institution“, von der Entscheidungsphase her dagegen eine „Männer-Institution“. Die Bildungsinhalte sollten nach Auffassung von Dr. Strauch den Prozeß der Gleichstellung der Geschlechter unterstützen und begleiten.

Die praktische Frauenbildungsarbeit in der Evangelischen Erwachsenenbildung orien-

tiere sich, so Doris Sandbrink, an dem Ziel, den Teilnehmerinnen das Recht auf Selbstbestimmung und Mut zum Selbstbewußtsein zu vermitteln. Zu ihrem Angebot gehörten Veranstaltungen zum Rollenverständnis, zu Rhetorik und Durchsetzungstraining oder zu Frauenarbeitsplätzen, aber auch Kurse zur Erlangung von qualifizierten Bildungsabschlüssen.

Die Katholische Erwachsenenbildung vermittele nach Darstellung von Angelika Tuschhoff in einem ganzheitlichen Bildungsprozeß Sachkompetenz, ermögliche Kompetenz der Betroffenheit, fördere kommunikative und trage kreative Kompetenz an. Neben praktisch und kreativ orientierten Kursen biete auch die Katholische Erwachsenenbildung Lehrgänge zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen.

Der Bereich der Familienbildung in Nordrhein-Westfalen wurde von Helga Hege dargestellt. Als gemeinsame Ziele der rund 160 Einrichtungen unterschiedlicher Träger der Familienbildung nannte sie beispielhaft: Unterstützung der Erziehungsfähigkeit, Hilfestellung für die Gestaltung des Familienalltags und der Familienfreizeit, Orientierungshilfen bei der Funktion von Familie und Partnerschaft und Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Sie sprach sich für eine stärkere Verzahnung der bisher möglichen Weiterbildungsansätze aus und forderte vom Land Mittel für die Kinderbetreuung an Weiterbildungseinrichtungen.

Die Vertreterin des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen, Angela Schoofs, führte die gestiegene Beteiligung von Frauen an Qualifizierungsmaßnahmen darauf zurück, daß die Angebote sowohl von der zeitlichen als auch von der inhaltlichen Gestaltung her gezielt auf die besonderen Belange von Frauen ausgerichtet seien. Aufgrund dieser Erfahrungen werde die Förderung der Teilnahme von Frauen an Qualifizierungsmaßnahmen auch in diesem Jahr einen Schwerpunkt der Bemühungen der Arbeitsämter sein.

Qualifizierung für zukunftssichere Arbeitsplätze und die Eröffnung von beruflichen Aufstiegschancen über fachliche und überfachliche Qualifizierungsangebote sind nach Auffassung von Dr. Gudrun Ramthun, Landesvereinigung der Arbeitgeber Nordrhein-Westfalen, die Kriterien für die Weiterbildungsangebote an Frauen. Seminare

zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ seien bewußt nicht nur an die Frauen, sondern auch an Personalleiter gerichtet. Das Bildungsangebot sehe daneben aber auch spezielle Maßnahmen für Frauen vor. Auch das DGB-Bildungswerk Nordrhein-Westfalen, so Elke Hülsmann, sei der Meinung, daß gerade in gemischt geschlechtlichen Lehrveranstaltungen das Thema Gleichstellung aufgegriffen werden sollte. Die Seminare, die sich ausschließlich an Frauen richteten, sollten ein Forum bieten, „eigene Interessen zu formulieren, sich einander durch das Gespräch zu stärken und ihnen angemessene Ausdrucksformen zu finden“. Leider sei festzustellen, daß Frauen noch immer in geringerer Zahl an den Weiterbildungsangeboten teilnehmen.

Bei den Weiterbildungsangeboten der Kammern stehe auch für Frauen eine zeitnahe berufliche Qualifizierung, die zu einer raschen beruflichen Verwertbarkeit führe, im Vordergrund. Verwertbarkeit sei, so Dr. Rudolf Alberg von der Vereinigung der IHK, zu verstehen als Chance einer Beschäftigungsaufnahme, Anpassung der beruflichen Kenntnisse an technische Entwicklungen, berufliche Spezialisierung und Vertiefung der Kenntnisse und Fertigkeiten, beruflicher Aufstieg. Der Förderung nach zunehmend wichtiger Weiterbildungsbereitung wollen die Kammern mit einem Weiterbildungsinformationssystem (WBS) gerecht werden.

Im Handwerk sind nach Aussage von Dipl.-Kaufmann Schloesser vom Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbund Frauen in drei Bereichen zu finden: Die Arbeitnehmerin, die mitarbeitende Ehefrau und die Unternehmerin. Für alle Bereiche würden gleichermaßen Weiterbildungsangebote bereitgehalten, so Fortbildung im kaufmännischen, technischen und gewerblichen Bereich und Qualifizierungsgänge für Frauen. Der Arbeitskreis Unternehmerfrauen im Handwerk Nordrhein-Westfalen wurde von Monika Oswald vorgestellt. In diesem Arbeitskreis werden „in eigener Regie“ Vortragsveranstaltungen und Seminare zu den Themen Betriebswirtschaft, Recht, Arbeitsrecht, Büroorganisation für die zumeist branchenfremden mitarbeitenden Unternehmerfrauen angeboten.

Die Säulen der Vereinigungen von Unternehmerinnen e.V. seien, so Irene Kuron, der offene interne Erfahrungsaustausch von Frau zu Frau und die gezielte Weiterbildung und Information über alle betrieblich relevanten Themen. Frauen könnten auf dem Arbeitsmarkt nur bei ausreichender Qualifizierung Chancengleichheit haben. Dies setze für Frauen im Arbeitsprozeß eine adäquate Weiterqualifizierung voraus und bedeute insbesondere für Frauen in einer Familienphase, daß sie den Anschluß an das Fachwissen ihres Berufs nicht verlieren dürften.

Professor Dr. Eberhard Munzert, Präsident des Landesrechnungshofs, hat den Direktor beim Landesrechnungshof, **Lothar Harloff**, in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger wurde **Dr. Hans Blasius**, der 1979 zum Mitglied des Landesrechnungshofs ernannt wurde. Neu eingeführt wurde von Munzert der **Düsseldorfer Arnulf Schmid**. Seit 1976 beim Rechnungshof, übernimmt er nun das Prüfungsgebiet für die Geschäftsbereiche des Ministeriums für Bauen und Wohnen sowie des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr.

Vorbehalte gegen eine Regionalkammer

Der Unterausschuß „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“, dem das Parlament in seinem Einsetzungsbeschluß auch den Auftrag gegeben hat, den Kontakt zum Europa-Parlament und den anderen europäischen Institutionen zu pflegen, hielt sich am 21. Februar zu Gesprächen beim Europäischen Parlament in Straßburg auf. Mit den Europa-Parlamentariern Nordrhein-Westfalens wurde vereinbart, diese Gespräche regelmäßig fortzuführen, und zwar im Wechsel zwischen Düsseldorf und Brüssel.

Nach einer Diskussion aktueller Fragen der Bildungs- und Kulturpolitik, der Energiepolitik sowie der Verkehrspolitik in kleineren Arbeitskreisen ging es bei den Beratungen um zentrale Fragen der Rechtsstellung der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den einzelnen Mitgliedsstaaten sowie um das gesamte institutionelle Gefüge der Gemeinschaftsorgane zueinander.

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Jürgen Büssow (SPD), wies auf die Empfehlungen der vom Landtag eingesetzten Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland — auch in einem vereinten Europa“ hin und verdeutlichte die Forderungen eines Beschlusses des Landtags vom 8. November 1990, in dem im Hinblick auf die Regierungskonferenz des Europäischen Rates zur politischen Union hervorgehoben wurde, daß im Rahmen der Vervollendung der politischen Union und in einer europäischen Verfassung eine föderale Struktur der Union und klare Aussagen über die Kompetenzverteilung mit dem Ziel einer Stärkung der Regionen in

präsident Hans Peters und Staatsminister a. D. Gerd Ludwig Lemmer, wurde der Stand der Diskussion im Europäischen Parlament erläutert. Es wurde deutlich, daß die Europaabgeordneten mit großer Mehrheit gegen die Einrichtung einer Regionalkammer sind. Einig war man sich im Europäischen Parlament, daß es eine Vertretung geben solle, die aus den Regionen komme und regionale Interessen ins Spiel bringen könne. Deshalb habe das Europäische Parlament in einem Antrag zu einer solchen Regionalvertretung zunächst auch von einem Ausschuß gesprochen.

Die Europaabgeordneten sprachen sich auch gegen ein eigenständiges Klagerecht eines Regionalorgans aus, weil das Europäische Parlament selbst noch kein umfassendes Klagerecht habe. Hinsichtlich einer Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in die Gemeinschaftsverträge wurde angemerkt, daß dieser in Deutschland seit langem eingeführte Begriff in anderen Teilen Europas noch weitgehend unbekannt sei, zumindest aber unterschiedlich ausgelegt werde.



Ziel der Reise des Unterausschusses Europa: Straßburg, hier mit Blick auf den Vorplatz des gotischen Münsters.
Foto: Kirsch

Europa vorzusehen seien. Dabei ist vor allem gefordert worden, daß das Subsidiaritätsprinzip in den Gemeinschaftsverträgen verankert wird und auch die europäischen Regionen mit ihren eigenständigen Aufgaben respektiert werden.

Weiterhin strebt der Landtag an, daß Landtag und Landesregierung als eigenständige Verfassungsorgane jeweils ein eigenes Klagerecht gegen Maßnahmen des Rates und der Kommission erhalten. Schließlich fordert der Landtag eine Regionalkammer, die ein Mitentscheidungsrecht in allen Fragen haben müsse, die die Interessen von Ländern und Regionen berühren.

Von verschiedenen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, vor allem von Vize-

Von daher werde es sehr entscheidend darauf ankommen, für solche Vorstellungen, die vor allem von deutscher Seite vorgetragen würden, in Europa zu werben und Verbündete zu suchen. Gerade diesem Zweck, so Büssow, solle eine europäische Regionalkonferenz dienen, die Ende Juni in Düsseldorf stattfinden solle. Dabei sollen Partner in Europa gefunden werden, die dazu beitragen könnten, den Regionalvertretungsgedanken noch stärker in die Konferenzen der Regierungschefs, die im Sommer und Herbst dieses Jahres stattfinden sollen, einzubringen. Zu dieser Sitzung wird der Landtag Nordrhein-Westfalens natürlich auch alle nordrhein-westfälischen Europaabgeordneten einladen.

Fast hundert Jahre Zusammenarbeit zwischen Kohlebergbau und Drägerwerk

Kreislaufgeräte bieten Grubenwehren Atemschutz und Atemluftversorgung

Zwei Tage lang, am 28. Februar und 1. März, hat sich der Ausschuß für Grubensicherheit bei der Drägerwerk AG in Lübeck über Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Atemschutztechnik informiert, die für die Sicherheit im Bergbau von großer Bedeutung ist. An dieser Reise nahmen auch Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, die Sachverständigen der IG Bergbau und Energie, der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und der Präsident des Landesoberbergamtes NRW teil.

Das Drägerwerk – seit Gründung im Jahre 1889 von Mitgliedern der Familie Dräger geführt – gehört in diesem Produktbereich weltweit zu den führenden Unternehmen. Im Stammwerk Lübeck sind heute etwa 5000, weltweit insgesamt 7000 Mitarbeiter beschäftigt. Neben Produktionsstätten in sechs Ländern unterhält die AG Vertriebs- und Serviceniederlassungen in über 100 Ländern. Etwa 50 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erzielt. Der Atemschutz für den Bergbau ist dabei nur ein kleiner Teil der Produktpalette, die von der Medizintechnik über die Gasmeß- und allgemeine Sicherheitstechnik bis zur Druckkammer- und Tauchtechnik reicht.

In seiner Begrüßungsrede betonte der Vorstandsvorsitzende Dr. Christian Dräger, daß sich gerade zwischen dem nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau und dem Lübecker Unternehmen eine sehr lange und äußerst fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt habe, die mittlerweile auf fast 100 Jahre zurückblicken könne. So habe es immer

wieder Momente gegeben, in denen man durch gemeinsame Überlegungen und das Einbringen des gegenseitigen Fachwissens Entwicklungen gemeinsam betreiben konnte, die zu neuen Geräten und damit zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen unter Tage geführt hätten.

Der Ausschußvorsitzende Helmut Marmulla (SPD) hob Bedeutung und Zweck des Informationsbesuches hervor, da gerade der direkte Erfahrungsaustausch zwischen Herstellern, Politikern und Behörden mit der technischen Entwicklung einhergehen müsse. Dieser Erfahrungsaustausch habe eine lange Tradition und werde gerade im Bereich des Bergbaus sehr intensiv betrieben.

Auf dem Tagungsprogramm stand die Besichtigung der Atemschutztechnikfertigung in den neuen Fabrikationsgebäuden. Hier werden auch die im Bergbau eingesetzten Geräte mit Hilfe neuester Fertigungstechnologien produziert. Die Ausschußmitglieder konnten sich an Ort und Stelle ein Bild von dem hohen Stand der Fertigungstechnik im Hause Dräger verschaffen. Anschließend wurden von Firmenmitarbeitern in Referaten die neuesten Geräte für den Untertagebergbau vorgestellt. Dabei handelt es sich vornehmlich um Sauerstoff- und Filterelbstretter für alle Belegschaftsmitglieder, die im Falle eines Grubenbrandes oder einer Explosion die sichere Flucht ermöglichen. Daneben fertigt Dräger auch Kreislaufgeräte, die den Mitgliedern der Grubenwehr bei ihren Einsätzen bis zu vier Stunden Atemschutz und unabhängige

Atemluftversorgung bieten. Abgerundet wird die Produktpalette für den Bergbau durch filternde Staubschutzmasken, die der Gesundheitsgefährdung und der Belästigung bei Arbeiten in staubhaltigen Wettern wirkungsvoll begegnen.

Zum Abschluß der Tagung betonten die Ausschußmitglieder, wie wichtig dieser kontinuierliche Erfahrungsaustausch gerade im Interesse der im Bergbau tätigen Menschen sei und deshalb auch weiterhin gepflegt werden sollte. Vorsitzender Marmulla wies dabei auf das große Vertrauen der Bergleute und aller, die für die Sicherheit im Bergbau Verantwortung tragen, in die lebensrettenden Erzeugnisse der Drägerwerk AG hin. Deshalb gehöre inzwischen ein Besuch in Lübeck zu einer guten Tradition des Ausschusses.

Jubiläum in Detmold

Die Bezirksregierung für Ostwestfalen kann in diesem Jahr auf ihr 175jähriges Bestehen zurückblicken. Als erster „Chefpräsident“ und späterer Regierungspräsident hatte am 1. August 1816 Karl Freiherr von der Horst mit 79 Beamten den Dienst als Verwaltungschef des neuen Regierungsbezirks aufgenommen. Den Gründungsakt hatte der preussische König bereits am 30. April 1815 mit seiner Unterschrift unter die „Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden“ vollzogen. 23 Regierungspräsidenten haben seither in der wechselvollen Geschichte des Regierungsbezirks dieser Verwaltungsbehörde vorgestanden. Mit Erlaß vom 2. Juni 1947 hatte das Land Nordrhein-Westfalen festgelegt: „Von nun an heißt die Region Regierungsbezirk Detmold.“

Wirtschaftsausschuß: Kommission prüft Kalkverfüllung

Auf der Tagesordnung der von Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 27. Februar standen auch Anträge der SPD- und der Grünen-Fraktion „Verwertung von Reststoffen in Bergwerken“ und „Deponierung von Sonderabfällen in abfallrechtlich nicht behandelten Untertage-Bergwerken“ (Drs. 11/978 und 11/972), die vom Plenum überwiesen worden waren. Unter Hinweis auf ein öffentliches Symposium, das am 21. Februar zur Kalkverfüllung in der Grube Wohlverwahrt in Porta Westfalica stattgefunden hat, einigten sich die Fraktionen im Ausschuß, daß möglichst bald eine Kommission aus Mitgliedern des Wirtschafts-, des Gruben- und des Umweltausschusses (federführend) die Einlagerung von Reststoffen in stillgelegte Grubengelände vor Ort besichtigen soll (siehe vorige Ausgabe „Landtag intern“).

Professor Dr. Gernot Born, seit vier Jahren Rektor der Universität/Gesamthochschule Duisburg, ist vom Konvent der Hochschule mit großer Mehrheit für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Von 36 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten 34 für Born, zwei enthielten sich eines Votums.



Wurmrevier, filmisch dokumentiert

Das Amt für rheinische Landeskunde drehte im vergangenen Sommer zusammen mit dem Bergbaumuseum Wurmrevier eine einmalige Dokumentation: das Einfahren der Bergleute auf Anna I in Alsdorf, die schweißtreibende Arbeit unter Tage, Interviews mit Beteiligten. Über tausend Videokopien über die „Wiege des Steinkohlenbergbaus auf dem europäischen Kontinent“, das Aachener Revier, wurden bereits vor der Uraufführung (15. Februar) bestellt. Besonders interessant: Wagnerslauf und Dampffördermaschine von 1918 auf Zeche Emil Mayrisch, die 1992 stillgelegt werden soll.

Experten zur Versicherung und Verantwortung technischer Risiken

Hohes Niveau technischer Sicherheit im Industrieland NRW

Dr. Hitzig stellte fest, daß zwar die Wahrscheinlichkeit eines Schadens- oder Störfalles stetig abnehme, zugleich aber das Ausmaß eines möglichen Schadens in den letzten Jahren zugenommen habe. Rein rechnerisch bleibe somit das Risiko (gemessen als Produkt von Schadenshöhe und seiner Eintrittswahrscheinlichkeit) gleich. Risiken hätten aber auch eine subjektive Seite, die letztlich für die Risikopolitik entscheidend sei. Die Gesellschaft sei eher bereit, eine Vielzahl kleinerer Schäden zu akzeptieren als wenige Großkatastrophen: Ein Flugzeugabsturz mit 100 Toten erreiche in der Regel mehr Aufmerksamkeit als die erheblich größere Anzahl von Opfern des individuellen Straßenverkehrs im gleichen Zeitraum. In der pluralistischen Gesellschaft gebe es, so fuhr er fort, unterschiedliche Beurteilungen von Risiken. Sich an Einzelereignissen und Außergewöhnlichem zu orientieren, könne jedoch zu fehlerhaften Entscheidungen führen. Nicht jeder Schaden sei Indikator für unzureichendes Sicherheitsniveau, Schäden allgemein keine Ausnahme. Professor Kuhlmann faßte seinen Vortrag in vier Thesen zusammen:

- 1.) Hoher Technikeinsatz ist mit hohen Risikopotentialen verbunden; es besteht ein Zusammenhang zwischen Leistungsdichte der Technik und ihrem Risikopotential.
- 2.) Die Beherrschung großer Risikopotentiale stellt hohe Anforderungen an die Technik.
- 3.) Technik muß dem Menschen angepaßt werden, denn seiner Leistung sind Grenzen gesetzt.
- 4.) Unsere Umwelt muß vom Menschen gestaltbar bleiben.

Aus dem Ausschuß gab es unterschiedliche Reaktionen auf die Vorträge. Hans-Karl von Unger (CDU) stellte fest, daß eine Vielzahl von bestehenden Einrichtungen, Vorschriften und Sicherheitsnormen in NRW für ein hohes Niveau an technischer Sicherheit Sorge. Ausschußvorsitzende Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) widersprach Kuhlmanns Ansicht, Naturwissenschaftler hätten der Gesellschaft die Risiken einsichtig zu machen: irrationale Ängste dürften nicht ignoriert werden. Rationales und Irrationales seien sowohl in der Gesellschaft als auch in Wissenschaft und Wirtschaft verbreitet. Helmut Hellwig (SPD) stellte die Risikominderung in Beziehung zu den Arbeitszeiten und der damit zusammenhängenden Übermüdung als Sicherheitsrisiko. Diese Problematik soll in einer weiteren Ausschußsitzung noch vertieft werden.

Über das Ergebnis einer Erhebung über Technikbewertung an nordrhein-westfälischen Hochschulen und Forschungseinrich-

Zum Thema „Sicherheit und Risiko im Industrieland NRW“ hörte der Ausschuß „Mensch und Technik“ am 22. Februar den Geschäftsführer des Instituts für Risikomanagement einer großen Versicherungsgesellschaft, Dr. Rudolf Hitzig, und den Vorsitzenden der Geschäftsführung des Technischen Überwachungsvereins Rheinland, Professor Dr. Albert Kuhlmann. Eine Gesellschaft sei gut beraten, sich über ihre Risiken Gedanken zu machen, meinte Professor Kuhlmann und vermerkte als sehr positiv, daß der NRW-Landtag als einziges Landesparlament einen Ausschuß „Mensch und Technik“ eingesetzt habe: „Das ist ein Fortschritt für die Politik, die Schwierigkeiten hat, angemessen auf die Herausforderungen der Industriegesellschaft zu reagieren.“

tungen berichtete Dr. Speier vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Fragen der Technikbewertung bzw. Technikfolgen-Abschätzung würden mehr oder weniger von allen Disziplinen an fast allen Hochschulen behandelt. Das Spektrum der laufenden Projekte sei sehr breit, aber eher zufällig.

Die Anregung von Dr. Horst Ludwig Riemer (F.D.P.), einen Arbeitskreis mit Vertretern der Technikbewertung aus Hochschulen und aus Mitgliedern des Ausschusses „Mensch und Technik“ zu bilden, so daß eine Politik der Technikfolgen-Abschätzung ermöglicht werde, wurde von allen Fraktionen begrüßt.



Sicherheit und Risiko neuer Technologien war Thema im Ausschuß für Mensch und Technik am 22. Februar, v. l.: Annelie Kever-Henseler, Heinz Wirtz, Eberhard Sohns, Lothar Niggeloh (alle SPD), Ausschußassistent Dr. Manfred Mai, Dr. Katrin Grüber (Ausschußvorsitzende, DIE GRÜNEN), Lothar Hegemann, Hans-Karl von Unger (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.), Dr. Annemarie Schraps (CDU) und Helmut Hellwig (SPD).

Foto: Schüler

Vorsitzende „Mensch und Technik“ schlägt vor:

Ein Feuilleton für neue Technik

Ein gemeinsames Pressegespräch der Fachsprecher aller vier Fraktionen, zu dem Journalistinnen und Journalisten der Wissenschafts-Pressekonferenz Bonn eingeladen wurden, fand am 21. Februar im Düsseldorfer Landtag statt.

Helmut Hellwig (SPD) schloß sich der DGB-Förderprogramme mit einem festen Mittelanteil von zehn Prozent für Technikfolgen- und Technikgestaltungsforschung auszustatten, damit Technikfolgenabschätzung (TFA) keine Alibiveranstaltung bleibe. Lothar Hegemann (CDU) nannte als Ziel seiner Fraktion, den Informationsstand des Landtags über künftig wesentliche Probleme zu verbessern, wobei branchenübergreifende und langfristige Überlegungen für NRW im Vordergrund stünden. Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Wolfram Kuschke (SPD),

Vorsitzender der Kommission „Mensch und Technik“ in der 10. Wahlperiode, unterstrichen die Bedeutung der neuen Querschnittsaufgabe für das Parlament. Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), Vorsitzende des neuen Ausschusses Mensch und Technik, lud die Journalistinnen und Journalisten zu kritischem Dialog nicht nur unter Experten, sondern mit der Öffentlichkeit ein: Jede Neuinszenierung im Theater werde in den Feuilletons der Zeitungen ausführlich besprochen. Ein vergleichbares „Feuilleton“ für neue technische Entwicklungen gebe es dagegen nicht.

Steuertips für Arbeitnehmer

In der Reihe „Das Finanzministerium informiert“ ist jetzt die Broschüre „Steuertips für Arbeitnehmer '90“ erschienen. Sie gibt einen Überblick über wichtige Steuervergünstigungen für den Lohnsteuer-Jahresausgleich und die Einkommen-Steuererklärung. Erhältlich ist die Broschüre bei allen Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen.

Hauptausschuß: 1,5 Millionen Mark für Europäisches Medieninstitut

Bei Verfassungsänderung wollen Länderparlamente nicht außen vor bleiben

Der Hauptausschuß unter Vorsitz von Reinhard Grätz (SPD) hat am 7. März den Etateinzelplan des Landtags für 1991 einstimmig gebilligt. Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN wurde ferner der Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei verabschiedet. Der Einzelplan des Ministers für Bundesangelegenheiten fand mehrheitlich mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der Grünen Zustimmung.

Mehrheitlich gab der Hauptausschuß bei der Beratung des Einzelplans Landtag dem geplanten Europa-Forum vor der Sommerpause grünes Licht. Mit den Stimmen der SPD wurden 350 000 Mark in den Etat eingesetzt. Das sind 150 000 Mark weniger als ursprünglich veranschlagt.

F.D.P. und die GRÜNEN hatten für einen Ansatz von 300 000 Mark votiert. Die CDU hatte sich für eine Minderung auf 200 000 Mark stark gemacht.

Bei der Aussprache warf der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow der Union noch einmal vor, wenn man Europa wolle und daraus nicht nur ein Lippenbekenntnis mache, dann sei das Forum kein Spielthema. Büssow sprach von einer „Eierei“. Ihm fehle dafür jegliches Verständnis. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen meinte dagegen, die CDU-Fraktion mache bei einem Ansatz von 350 000 Mark für das Europa-Meeting nicht mit. Auch der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde wollte „höchstens 300 000 Mark“ zustimmen.

Beim Einzelplan des Ministerpräsidenten setzte der Hauptausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion 1,5 Millionen Mark für das Europäische Medieninstitut neu in den Haushalt ein. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU, bei Enthaltung der Grünen angenommen.

In einer vorangegangenen Aktuellen Vier-

telstunde auf Antrag der CDU-Fraktion hatte der Ausschuß einem Vorschlag des SPD-Abgeordneten Büssow folgend gegenüber der Landesregierung den Wunsch geäußert, diese möge im Bundesrat die Bitte des Landesparlaments nach Beteiligung bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung vorbringen. Für die CDU erklärte die Abgeordnete Ruth Hieronymi, ihre Fraktion wolle sich diesem Verfahren anschließen. Auch die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Bärbel Höhn, begrüßte den SPD-Vorschlag. Sie empfahl zusätzlich, in die Diskussion um eine Verfassungsänderung mehr Sachverständige einzubinden.

Bei der Sitzung wurde ferner bekannt, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe habe einen Brief an den Präsidenten des Bundesrates, Dr. Henning Voscherau, geschrieben, in dem sie um eine angemessene Beteiligung der Landesparlamente bei einer Verfassungsänderung gebeten habe. Vorsitzender Grätz stellte dazu fest, diese Initiative erfahre die einmütige Unterstützung des Hauptausschusses.

Für humanitäre Hilfe in UdSSR hat NRW-Landesregierung bisher 5,4 Millionen Mark bereitgestellt

Die Landesregierung hat in den Monaten Dezember 1990 sowie Januar und Februar 1991, den drei ersten Monaten ihrer humanitären Hilfsaktion für die UdSSR, bisher insgesamt 5,4 Millionen Mark für 72 Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Das teilte der Sprecher der Staatskanzlei, Ministerialdirigent Dr. Franz-Josef Hessing, vor dem Hauptausschuß des Landtags unter dem Vorsitz von Reinhard Grätz (SPD) nach einer Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN mit.

Hessing berichtete, als im November des vergangenen Jahres die Nachrichten aus der Sowjetunion über die Versorgungslage immer besorgniserregender geworden seien, habe die Landesregierung sofort ein Zeichen durch Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel gesetzt. Zehn Millionen Mark seien zur Verfügung gestellt worden. In Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden habe man ausgelotet, wo die Landeshilfe am nötigsten sei. Die Landesregierung unterstütze seitdem viele Initiativen durch Übernahme der Transportkosten und der Kosten für die Unterhaltung von Koordinierungsbüros, die vor Ort den konkreten Bedarf an Hilfsgütern ermittelten und deren Verteilung überwachten. Die Hilfsbereitschaft halte unvermindert an, sagte der Sprecher.

Starker Kälteeinbruch

Die Zahl der Koordinierungsbüros betrage zur Zeit zwölf. Hessing nannte beispielhaft die Büros in Kiew (Caritas), Minsk (Böll-Stiftung), Vilnius (Stadt Duisburg), Nowgorod (Lazarus-Hilfswerk) und in der Region Wolgograd (ASB).

Zum Transportprogramm teilte Hessing mit, im Rahmen der Hilfsaktionen der Landesre-

gierung seien Transporte von Hilfsgütersendungen nach Litauen finanziert worden, die die Stadt Duisburg (Vilnius), der Kreis Lippe (Kaunas), das DRK Minden (Plunge), das DRK Geldern (Silute) und die Arbeiterwohlfahrt Xanten (Jubarkas) durchgeführt hätten bzw. noch durchführten. In die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik habe die Stadt Iserlohn Transporte nach Nowotscherkask, die Stadt Neuss nach Pskow, das Diakonische Werk Minden nach Smolensk, der Turn- und Sportverein Wilnsdorf-Wilgersdorf nach Moskau und der Betriebsrat der Hoesch AG nach Leningrad und Umgebung durchgeführt. Weiter seien Transporte des Verbandes Christlicher Pfadfinder Hamm nach Pinsk, des Erziehungsvereins Neukirchen-Vluyn nach Soligorsk/Sluzk und des CVJM Oberhausen nach Minsk/Gomel, alle in Weißrußland, der AWO Bad Salzuffen nach Luzk, der Freiwilligen Feuerwehr Aachen nach Lwow (Lemberg), der Stadt Bochum nach Donezk, alle in der Ukraine, und der der AWO Dortmund nach Leninakan in Armenien finanziert worden.

Der Sprecher der Staatskanzlei unterstrich, wahrscheinlich werde es in den nächsten Wochen zu einer verstärkten Mittelnachfrage für Transportleistungen kommen, da aufgrund der aktuellen politischen Gegebenheiten in der UdSSR sowjetische Militär-

flugzeuge nur noch für humanitäre Hilfs Transporte östlich von Moskau in Anspruch genommen werden könnten und seit dem 20. Februar 1991 erhebliche Mengen medizinischer Hilfsmittel aus Beständen der ehemaligen NVA, des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesinnenministeriums kostenlos allen Initiativen zur Verfügung stünden. Die Weiterführung der Hilfsmaßnahmen müsse noch bis Ende Mai gesichert sein, möglicherweise auch danach noch fortgesetzt werden. Die Versorgungslage in der Sowjetunion habe sich dramatisch verschlechtert. Die Situation verschärfe sich durch einen starken Kälteeinbruch. Die Landesregierung sei der Auffassung, daß nach derzeitiger Einschätzung die im Haushalt 1991 vorgesehenen Mittel für die humanitäre Hilfe in der Sowjetunion wahrscheinlich in vollem Umfang benötigt würden.

Milchquoten auch für Naturschutz

Der Haushalts- und Finanzausschuß erörterte in der vom Vorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung am 21. Februar auch die im Haushaltsplan ausgewiesene Verwendung der Erlöse aus dem Milchquotenverkauf. Der Entwurf sieht für 1991 An- und Weiterverkäufe von Milchquoten in Höhe von 48 Millionen Mark vor. Nach einem Erlaß des Landwirtschaftsministeriums können Milchquoten im Wert von acht Millionen Mark für Zwecke des Naturschutzes vergeben werden. Abgeordnete der Oppositionsfraktionen sprachen sich zwar nicht gegen die ökologische Zielsetzung aus, beanstandeten jedoch die haushaltsmäßige Darstellung. In der von Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) angeregten Aussprache im Ausschuß wurde deutlich, daß diese innerhalb der Landesregierung noch nicht abschließend erörtert worden ist.

Fachtagung über plebiszitäre Elemente im nordrhein-westfälischen Landtag

Präsidentin Friebe: „Erschreckende Apathie der Bürger“

„Wir sind das Volk, aber keiner fragt uns“, zitierte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe kritische Stimmen zum Zustand der repräsentativen Demokratie im geeinten Deutschland bei der Eröffnung der Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung am 28. Februar im Düsseldorfer Landtag. Nach Referaten der Professoren Albert von Mutius (Kiel) und Bernd Guggenberger (Berlin) zum Thema „Plebiszitäre Elemente“ diskutierten auf dem vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Herbert Helmrich, moderierten Podium die Referenten mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Gesetzgebung Professor Ulrich Karpen (Hamburg), dem langjährigen früheren Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Diether Posser und dem Direktor beim Landtag NRW, Heinrich Große-Sender.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und der frühere Abgeordnete und nordrhein-westfälische Finanzminister Dr. Diether Posser (vorne) bei der Fachtagung im Plenarsaal des Landtags. Foto: Schüler

Bürgerinnen und Bürger fühlten sich bei der politischen Willensbildung, so stellte Präsidentin Friebe fest, machtlos und ausgeschlossen. Die Stimmabgabe bei der Wahl reiche vielen nicht aus. Um den alarmierenden Vertrauensverlust abzumildern, müßten sie aktiv an der Willensbildung beteiligt werden. An der „erschreckenden Apathie“ hätten die Politiker durch Langeweile politischer Scheingefechte und Schwächung der Unab-

hängigkeit des einzelnen Abgeordneten erheblichen Anteil. Im nordrhein-westfälischen Parlament werde derzeit die

Geschäftsordnung überarbeitet, um die Rechte des einzelnen Abgeordneten zu stärken.

Wirtschaftsausschuß: Regionalkonferenzen — Weltklima — Abfallwirtschaft

Alle NRW-Montanregionen sind Gemeinschaftsaufgabe

In einer Aktuellen Viertelstunde befaßte sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 30. Januar unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) mit der Neubegrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, bevor er sich dem Ressorthaushalt 1991 — Einzelplan 08 — zuwandte. In weiteren Sitzungen am 20. und 27. Februar wurden EG-Vorlagen (berufliche Beförderungsnachweise und ein EG-Energiesparprogramm) und Anträge der Fraktionen der SPD, F.D.P. und der Grünen zur Wirtschaftsförderung, zur Abfallwirtschaft, zum Braunkohlentagebau und zur Sorge um die Erdatmosphäre behandelt. Mit wirtschaftspolitischen Aspekten des Fremdenverkehrs befaßte sich der Ausschuß anlässlich der Internationalen Tourismusbörse in Berlin.

Die von Wirtschaftsminister Günther Einert mitgeteilten Beschlüsse des Bund-Länder-Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe, die allerdings noch der Billigung der EG bedürfen, wurden von Sprechern aller Fraktionen im Grundsatz zustimmend aufgenommen. Der Minister hatte den NRW-Anteil an der Normalförderung (ohne Sonderprogramme) auf 32,3, bisher 15,1 Prozent beziffert. Das Land habe erstmals seine industriellen Problemräume fest verankern können. Über die Höhe der Bundes-

mittel könne erst nach Aufstellung des Bonner Haushalts etwas gesagt werden.

Beim ersten Beratungsdurchgang des Einzelplans 08 löste ein Plus von fast acht Millionen Mark mehr gegenüber 1990 für Kernkraftanlagen Nachfragen des F.D.P.-Sprechers Hagen Tschoeltsch aus. „Bis zum Abschluß des sicheren Einschlusses“, so erläuterte Minister Einert Vereinbarungen mit dem Bund, würden derartige Ausgaben (1991 insgesamt: 29,3 Millionen Mark) für Gutachten und Untersuchungen für atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren veranschlagt.

Bereits bei der Titelgruppe 90 „Strahlenschutz-Rufbereitschaft“ (485 000 Mark in 1991), vor allem aber beim Zukunftsprogramm Montanregionen (1991: 246 Millionen Mark) beteiligten sich auch die Sprecher der CDU Laurenz Meyer und der GRÜNEN Dr. Manfred Busch an einer lebhaften Aussprache über die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltsansätzen. Hagen Tschoeltsch: Als Parlamentarier könne er nicht akzeptieren, daß alle Ansätze, auch für Mieten, Personal, Verwaltung, Zuschüsse an Gemeinden gegenseitig deckungsfähig seien. Laurenz Meyer wandte ein, es gebe keinen Spielraum für die Wirtschaftspolitiker des Parlaments, Änderungsanträge seien sinnlos, das Ressort könne dagegen Projekte eigenmächtig plazieren. Dr. Manfred Busch hielt das Verbot der Mehrfachveran-

schlagung für verletzt und vermißte den Überblick über die Wirtschaftsförderung, die vollkommen intransparent und konzeptionslos sowie „Töpfchenwirtschaft“ sei. SPD-Sprecher Ernst-Otto Stüber hielt dagegen, die Strukturförderung solle nicht von oben übergestülpt werden, sondern aus den Regionen heraus wachsen. Vonseiten des Ministeriums wurde schließlich erwogen, nachvollziehend dem Parlament die bewilligten Projekte mitzuteilen; Schwerpunkt-wünsche seien nur zu Beginn der mehrjährigen Programme sinnvoll.

Die Anträge der SPD und der F.D.P. zu Strukturförderung und Fortschreibung der Empfehlungen der Mikat-Kommission sollen erst nach der Vorlage eines umfassenden Berichts des Wirtschaftsministers über die Ergebnisse der Regionalkonferenzen weiter behandelt werden. Aufgrund von Anträgen der SPD, F.D.P. und der Grünen zum Treibhauseffekt und den Auswirkungen auf das Weltklima, die dem Ausschuß im November 1990 vom Plenum überwiesen worden waren („Landtag intern“ Nr. 18/1990) hat die Landesregierung, so teilte sie den Abgeordneten mit, am 27. Dezember 1990 der Prognos AG in Basel einen Untersuchungsauftrag erteilt mit dem Titel „Der mögliche Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Reduzierung energiebedingter klimarelevanter Immissionen“, der bis zur Jahresmitte erfüllt sein soll.

Opposition scheidet mit Antrag auf Aussetzung der Gesetzesberatung

Brunn: Erhöhung für Verbesserung im Mensenbereich unumgänglich

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stimmte dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Studentenwerksgesetzes (Drs. 11/968) mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion und gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen zu.

Die Gesetzesänderung sieht die Erhöhung des von den Studenten aufzubringenden Sozialbeitrags ab Wintersemester 91/92 um zehn auf 50 Mark im Semester als Beitrag zum Ausgleich des zu erwartenden Fehlbedarfs der Studentenwerke vor. In der Beratung im Ausschuß war die Fraktion DIE GRÜNEN mit ihrem von den Fraktionen der CDU und F.D.P. voll mitgetragenen Verfahrensvorschlag gescheitert, die Abstimmung über den Gesetzentwurf bis zur vollständigen Auswertung der öffentlichen Anhörung, die der Ausschuß am 21. Februar

zur Situation der Studentenwerke durchgeführt hat, auszusetzen. Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) begründete den Zurückstellungsantrag damit, daß das Hearing Auswirkungen auf die hier zur Rede stehende Gesetzesänderung habe. Es sei deutlich geworden, daß mehr Selbständigkeit für die Studentenwerke von diesen verlangt und auch von vielen Ausschußmitgliedern begrüßt werde. Schließlich hätten die Studentenwerke ausgeführt, daß über den Sozialbeitrag unter der Voraussetzung größerer Selbständigkeit diskutiert werden könne, und zwar in der Richtung, diesen an Standorten mit weniger umfassendem Angebot geringer, an anderen hingegen vielleicht höher zu bemessen.

Der Sprecher der Fraktion der CDU, Professor Dr. Horst Posdorf, schloß sich diesem Verfahrensvorschlag an. Die Problematik des Studentenwerksgesetzes gehe über das Thema Sozialbeitrag hinaus und betreffe beispielsweise auch die Gesamtorganisation und die Zu- und Verteilung der Mittel. Es sei daher sinnvoll, die Beratung im Gesamtzusammenhang durchzuführen. Ansonsten sehe man sich gezwungen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Joachim Schultz-

Tornau (F.D.P.), unterstrich in seiner Funktion als Fraktionssprecher die völlige Übereinstimmung mit den vorgetragenen Argumenten und plädierte ebenfalls für die Aussetzung der Gesetzesberatung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Apostel, hielt dem entgegen, die Haltung der Oppositionsfraktionen sei zwar in gewisser Weise zu verstehen, die SPD-Fraktion habe zum vorliegenden Gesetzentwurf allerdings von Anfang an deutlich gemacht, daß die Maßnahmen Erhöhung der Sozialbeiträge und Neuordnung der Gesamtstruktur der Studentenwerke separat zu betrachten seien. Die Anhörung habe Erkenntnisse dahingehend gebracht, daß durchaus unterhalb von Gesetzesänderungen eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten bestehe. Es liege von daher kein Grund dafür vor, den Gesetzentwurf jetzt nicht zu verabschieden. Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), unterstrich die Absicht, die mit der Erhöhung der Sozialbeiträge erzielte Einnahmesteigerung — abgesehen davon, daß Preissteigerungen auszugleichen seien — schwerpunktmäßig zur Verbesserung der Situation bei den Mensen einzusetzen. Dies sollte durch die Zurückstellung der Gesetzesänderung nicht gefährdet werden.

Regelung zum verbilligten Verkauf von Bauland für Sozialwohnungen

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloß der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, daß Bauland für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus künftig bis zu 50 Prozent unter dem Verkehrswert veräußert werden kann. Die Landesregierung wurde aufgefordert, eine entsprechende Regelung auch für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Bislang können diese Grundstücksgeschäfte nur bis zu 30 Prozent rabattiert werden.

Weitergehende Anträge wurden von SPD-Sprecher Volkmar Schultz nicht gestellt, da die Ergänzungsvorlage der Landesregierung bereits die durch die Deutsche Einheit und den Golf-Krieg bedingten Einsparungen enthalte. Ansonsten wurde der Haushaltsentwurf der Landesregierung, soweit es den Bereich des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen betrifft, in der Fassung der Regierungsvorlage unter Einbeziehung der vorgelegten Ergänzung unverändert angenommen.

Unter Vorsitz von Erwin Pfänder (SPD) hatten die Mitglieder des Ausschusses eine Vielzahl von Änderungsanträgen zu beraten. Dabei konnte kein Antrag der Oppositionsfraktionen eine Mehrheit finden. Inhaltliche Positionen wurden angesichts der bekannten Standpunkte nur summarisch ausgetauscht, zumal die bevorstehende Plenardebatte zum Haushalt noch ausreichend Gelegenheit dazu bietet.

Für die CDU-Fraktion setzte sich ihr Sprecher Siegfried Zellnig schwerpunktmäßig



Beispiel für ökologisch ausgerichtetes Bauen: Ein inzwischen fertiggestelltes Projekt bei Düsseldorf-Unterbach. Foto: Klerlein

dafür ein, daß der Antrag „250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995“ für einen Förderjahrgang umgesetzt wird. Damit konnte die CDU jedoch ebenso wenig durchdringen wie mit ihrem Begehren, durch Umschichtungen bei der Stadterneuerung und beim Schulbauprogramm

einen mit 105 Millionen Mark dotierten Ansatz mit der Zweckbestimmung „Kommunale Wohnungsbauauf Förderung“ zu begründen. Für die F.D.P.-Fraktion legte Hagen Tschoeltsch ein Kürzungspaket vor, das unterschiedliche Einsparpotentiale in den Einzelplänen 14 und 15 zwecks Haushaltskonsolidierung vorsah. Auch seine Anträge konnten keine Mehrheit finden.

Ähnlich erging es den ausführlich begründeten Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN, die von Gisela Nacken vorgetragen wurden. So wollte sie erreichen, daß die zu erwartenden Mehreinnahmen bei Angleichung der Fehlbelegungsabgabe an die Vergleichsmieten auch für den Ankauf von Belegungsrechten eingesetzt werden können. Vordringlich sollten die Mehreinnahmen für den Erwerb von bisher alliierten Streitkräften und ihren Angehörigen bewohnten Bundes- und privaten Wohnungen eingesetzt werden. Auch war an den Ankauf von aus der Bindung auslaufendem und spekulationsbedrohtem Wohnraum gedacht. Weitere Initiativen zielten dahin, ein Sonderprogramm zum energiesparenden, ökologischen und sozialen Mietwohnungsbau aufzulegen sowie einen wohnungspolitischen Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände zu schaffen.

Alle diese Initiativen konnten ebensowenig eine Mehrheit finden wie die Anträge, mangels Finanzierungsmöglichkeiten Pläne zur Neugestaltung des Regierungsviertels in Düsseldorf zunächst zurückzustellen.

Rainer John, Leitender Landesverwaltungsdirektor, ist vom Parlament des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, der Landschaftsversammlung, für acht Jahre zum Landesrat und neuen Leiter der Haupt- und Personalabteilung gewählt worden. Der Jurist John trat 1973 in die Dienste des Landschaftsverbandes.

Tintenklecks

Nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe von „Tintenklecks“, einer Kinderzeitschrift der Jugendkunstschule in Wanne-Eickel e.V., hatte Helmut Hellwig, SPD-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag, geglaubt, es handele sich mal wieder um eine Eintagsfliege unter den von jungen Leuten gemachten Zeitschriften, die nach einmaligen Erscheinen von der Bildfläche verschwinden würde. Das war 1989.

Nach der Lektüre der zweiten Ausgabe im Jahre 1990 konnte der Politiker dann feststellen, daß, wie er den jungen Redakteuren bescheinigte, „Tintenklecks“ nicht nur Spaß mache, sondern daß auch ernsthafte Arbeit dahinter stecke. Spontan entschloß sich der engagierte Jugendpolitiker, die Jung-Journalisten im Alter zwischen acht und zwölf Jahren aus seiner Heimatstadt Wanne-Eickel, die amtlich die Bezeichnung Herne II führt, in das Landesparlament an den Rhein einzuladen. Hellwig erreichte dann auch, daß aus dem Besuch nicht eine Besichtigungs-Gaudi mit Kuchenfassen, sondern eine kleine hochkarätig besetzte, durchaus professionelle Pressekonferenz wurde. Der Abgeordnete hatte seinen Fraktionskollegen und Kultusminister Hans Schwier sowie den Kinderbeauftragten der Landesregierung, Dr. Reinald Eichholz, als Partner eines Pressegesprächs gewonnen, das vom Berufsjournalisten Reinhard Voss als Vertreter der Landespressekonferenz geleitet wurde.

Auf der Kinderseite nahmen Björn, Christina, Julia, Martina, Patrick und Timo als Fragesteller teil. Und die jungen Gäste waren wißbegierig. Da liefen Erkundigungen zunächst noch auf Dinge aus dem heimischen Umfeld hinaus. „Tintenklecks“ wollte wissen, ob die Schloßruine in Crange noch gerettet werden könne. Diese wie auch die Frage, ob es dort einen Schatz gebe, mußte Helmut Hellwig zu seinem Leidwesen mit Nein beantworten.

Der Kultusminister indessen wurde bereits veranlaßt, auf Fragen von sozusagen landesweitem Interesse einzugehen. „Was haben Sie zu tun?“ klopfte Martina unverhohlen auf den Busch. Hans Schwier ließ sich nicht lumpen: Der Kultusminister habe nicht nur mit Schulen zu tun, sondern müsse sich auch um alles kümmern, was man Kultur nenne. Nicht ausdrücklich widersprechen wollte er der Ansicht des Mädchens, es müsse dafür gesorgt werden, daß genug Lehrer da seien, „denn unsere Klassenlehrerin ist krank, und wenn wir nicht bald Ersatz finden, fällt auch noch unser Klassenfest aus“. Der ehemalige Schulrat Schwier, Vater dreier Kinder, überzeugt: „Das ist besonders schlimm!“

Die Ohren spitzten die Gastgeber, als die Kinderredakteure eröffneten, wo nach ihrer Ansicht der Hase im Pfeffer liegt: Mehr Spielplätze, das wäre besser, meinte Patrick.

Das Ergebnis des ungewöhnlichen Pressegesprächs ist im Wortlaut in der letzten Ausgabe von „Tintenklecks“ abgedruckt. Dazu Helmut Hellwig: „Aus dieser Sicht haben wir unsere Tätigkeit noch nie begutachten lassen.“ e. h.

Literatur

Eine Totale des Reviers

Neues Standardwerk beschreibt eine komplexe Region

Kohle und Stahl haben in 150 Jahren im Westen Deutschlands etwas Einmaliges entstehen lassen — das Ruhrgebiet. Es erlangte rasch überregionale Bedeutung und nationalen Rang. International erregte es Mißtrauen bis in die Gegenwart hinein. Es war Objekt der Politik wie keine andere deutsche Region, vom Versailler Vertrag über den Schuman-Plan bis zu den aktuellen Förderprogrammen der Bundes- und Landesregierungen. Und Nordrhein Westfalen? Dieses Land wäre kaum in dieser Form entstanden, wenn die Briten nicht die Russen am Rhein und die Begehrlichkeit ihrer französischen Alliierten gefürchtet hätten.

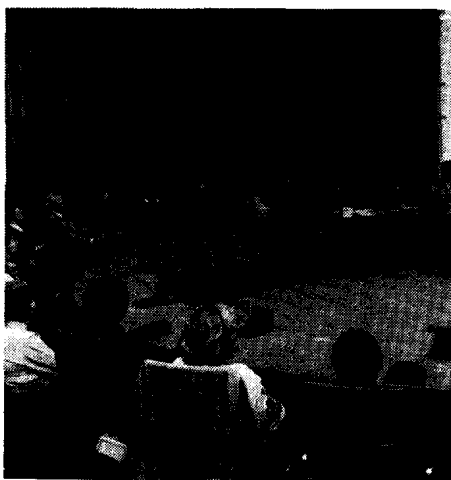
Dies ist aber nur ein Aspekt. Das Ruhrgebiet machte in wenigen Jahren aus Dörfern Großstädte. Es vermischte und verschmolz deutsche und nichtdeutsche Stämme, die es in immer neuen Schüben anlockte. Auf fränkischer und westfälischer Grundlage hat sich eine eigene Sprache entwickelt, übrigens eine, über die man anderswo lacht und seine Witze macht. Im Ruhrgebiet leben der Kumpel Anton, der Adolf Tegtmeier und die Metzgersgattin Else Stratmann. Nirgends gibt es auf so engem Raum so viele Bibliotheken, nicht zuletzt wegen der neuen Universitäten, die der sich wandelnden Gesellschaft den akademischen Nachwuchs liefern. Nicht weniger zahlreich sind die Musik- und Sprechtheater, die Museen und Galerien. Die Gewerkschaften und die Verbände des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben wichtige Kapitel der nationalen Sozialgeschichte geschrieben; um mehr Mitbestimmung für die Arbeiter wurde vor allem hier gerungen.

Die ganze Komplexität und Vielschichtigkeit der Ruhrgebiets-Geschichte findet (end-

lich!) eine umfassende Darstellung in dem zweibändigen Werk „Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter“. Es ist auf 1 520 Seiten die bisher kompletteste historische Deutung einer faszinierenden Region, die von ihren Bewohnern geliebt, von Fremden kaum verstanden wird. 31 Autoren von Rang haben es in 23 Beiträgen unternommen, eine Totale des Reviers zu zeichnen — und es gelang ein großartiger Wurf! Die meisten Autoren forschen und lehren in Dortmund, Essen, Bochum und Duisburg an Hochschulen, die es vor 30 Jahren noch nicht gegeben hat. Schon das markiert den Wandel und das veränderte Selbstbewußtsein des Reviers.

Die Quersumme aus der Fülle des Stoffs: das Ruhrgebiet hat sich in seiner 150jährigen Geschichte immer angepaßt und verändert, was heutzutage manchmal ungeduldig übersehen wird. Es war nie ausschließlich nur von Kohle und Stahl bestimmt. Eingriffe in die Entwicklungsprozesse, die kurzatmig von der Tagespolitik bestimmt waren, haben meistens geschadet. — Die einzelnen Beiträge und der gesamte Duktus des Werkes sind frei von Pathos und Verklärung. Die Texte sind streng wissenschaftlich, dennoch gut lesbar und mit Anmerkungsballast nicht überfrachtet. Daß der Forschungsstand in den Einzelbereichen unterschiedlich ist, überrascht nicht. Es stört nicht den Gesamteindruck: hier ist ein bedeutendes Standardwerk entstanden, das lange seine Gültigkeit behalten wird.

Wolfram Köhler (W. Köllmann, H. Korte, D. Petzina, W. Weber [Herausgeber]: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter — Geschichte und Entwicklung, zwei Bände, Schwann-Verlag, Düsseldorf 1990, 178 Mark.)



Auf Vermittlung des SPD-Abgeordneten Reinhold Hemker (oben, 3. v. r.) hat eine Gruppe nordrhein-westfälischer Meisterinnen der Hauswirtschaft unter Leitung des Vorstandsmitglieds der Erwachsenenbildung, Aleida Maffert, den Landtag besucht. Neben Hemker war auch die Vorsitzende des Frauenausschusses, Marie-Luise Morawietz (SPD, oben, 2. v. r.) Gesprächspartnerin. Diskutiert wurden Fragen der Anerkennung von Ausbildungsplätzen im Haushalt, von Kindererziehungszeiten sowie grundsätzliche Probleme der Renten. Foto: Schüler

Dritte Lesung des Haushalts erst nach Osterpause

Nach dem Beschluß der SPD-Fraktion, die Auswirkungen der Bonner Kabinettsbeschlüsse auf den Landeshaushalt in den Haushaltsentwurf 1991 einzuarbeiten, verzögert sich die Verabschiedung des NRW-Haushalts. Abweichend von der Praxis der letzten Jahre, den Haushalt des laufenden Jahres bereits im Dezember des Vorjahres abschließend zu beraten, waren als Folge der deutschen Einheit Beratung und Verabschiedung des Haushalts 1991 für dieses Frühjahr vorgesehen. Nach dem Eingang einer umfangreichen Ergänzungsvorlage durch den Finanzminister (Drs. 11/1250) wurden nun folgende Termine festgelegt:

Zweite Lesung: 20. und 21. März.

Dritte Lesung: 24. bis 26. April.

Die Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses für die zweite Lesung ist am 15. März, für die dritte Lesung am 18. April vorgesehen.

SPD-Fraktion

Bonn will Länder und Gemeinden arm machen

Nordrhein-Westfalen wendet sich entschieden gegen die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Gewerbesteuer und Vermögenssteuer. Das unterstrichen Finanzminister Heinz Schluëßer und Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedhelm Farthmann vor der SPD-Landtagsfraktion. Farthmann fügte hinzu: „Kein Sozialdemokrat hat das Recht, einer solchen Ausbeutung der Länder und Gemeinden durch den Bund zuzustimmen.“ Nordrhein-Westfalen werde alle Möglichkeiten gegen solche

Pläne nutzen, bestätigten Schluëßer und Farthmann.

Auf Anregung Farthmanns hatte der SPD-Parteivorstand bereits gestern in Bonn beschlossen, gegen diese Steuerpläne der Koalitionsregierung zu opponieren, die Steuerausfälle in Höhe von neun Milliarden Mark jährlich zur Folge hätten. „Steuergeschenke für Großunternehmen und Multimillionäre passen nicht in die Landschaft“, kritisierte Farthmann. Er verwies auf die bereits beschlossenen Steuererhöhungen, die den Bundesbürgern über 46 Milliarden Mark „aus der Tasche ziehen“. Die Arbeitnehmer müßten zudem mehr als 18 Milliarden Mark durch höhere Sozialversicherungsbeiträge leisten. Vor diesem Hintergrund sei es empörend, den Wohlhabenden in unserer Gesellschaft noch weitere Steuergeschenke zuzuschänzen.

Farthmann und Schluëßer wiesen auch darauf hin, daß eine Abschaffung der Gewerbesteuer substantiell die Gewerbesteuer und damit die finanzielle Autonomie der Gemeinden gefährdet. Wie bereits der Bundesvorstand der SPD unterstützt auch die SPD-Landtagsfraktion die Forderung der Länder, ihnen angesichts extrem wachsender Aufgaben verbesserte Einnahmen zu verschaffen. Das könne durch eine höhere Beteiligung der Länder am Umsatzsteueraufkommen geschehen. Friedhelm Farthmann: „Ich kann die Bundesregierung nur dringend davor warnen, die Axt an die finanzielle Autonomie der Länder und Gemeinden zu legen.“ Weder die fünf neuen, noch die alten Bundesländer würden sich zu Zuwendungsempfängern des Bundes machen lassen.

CDU-Fraktion

Nicht Bock zum Gärtner machen

„Eine Nominierung von Manfred Such zum Polizeipräsidenten in Brandenburg wäre eine Beleidigung für alle Polizisten.“ Mit diesen Worten kommentierte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Paus, Meldungen, wonach der mittlerweile strafversetzte ehemalige Chef der Kriminalpolizei Werl, Kriminalhauptkommissar

Manfred Such (MdB für die „Grünen“ 1989/90), Polizeipräsident der Region Cottbus im nordrhein-westfälischen Partnerland Brandenburg werden soll.

Manfred Such habe in den vergangenen Jahren in beispielloser Weise die Arbeit der Polizei diffamiert, erklärte Paus weiter. „Mit seiner Feststellung, er erlebe es ‚fast täglich‘, daß seine Polizei-Kollegen ‚rechtswidrig handeln‘, mit verarmlosenden Äußerungen über gewalttätige Demonstranten (z. B.: die Verwendung von Präzisionsschleudern durch gewalttätige Demonstranten sei nur eine Reaktion auf die ‚Gewalt der Polizei‘) und durch seine herausragende Tätigkeit in der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer

Polizisten‘, deren führende Vertreter u. a. behauptet hatten, es gebe nach wie vor große nationalsozialistische Traditionen in der Polizei, hat er sich gründlich diskreditiert. Wer Manfred Such dennoch zum Polizeipräsidenten ernannt, muß wissen, daß er den Bock zum Gärtner macht.“

„Bedauerlich und fatal“ nannte es Paus, daß Such und seine „Polizei-Splittergruppe“ durch den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Rau, „auch noch geadelt“ worden sei, als dieser im Mai 1988 dem heutigen Kandidaten für das Amt des Polizeipräsidenten der Region Cottbus den Gustav-Heinemann-Preis überreichte.

F.D.P.-Fraktion

„Lehrerfeuerwehr“ gegen Unterrichtsausfall abgelehnt

Nach der Methode „Augen zu und durch“ behandelt die SPD-Mehrheitsfraktion den wachsenden Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen. Der Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, zur Sicherstellung von Vertretungsunterricht bei Ausfall von Lehrern z. B. durch Krankheit, Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub eine Vertretungsreserve von insgesamt 1500 Lehrern bei den Kreisen und kreisfreien Städten anzusiedeln, scheiterte an der Unbeweglichkeit der SPD-Mehrheitsfraktion im Schulausschuß des Landtages. Dies ist um so unverständlicher, als die F.D.P.-Fraktion einen überzeugenden Finan-

zierungsvorschlag für ihre „Lehrerfeuerwehr“ unterbreitet hat, nämlich durch Kürzung der 140000 allgemeinen Anrechnungs- und Entlastungsstunden für Lehrer, die einer Stellenzahl von 5200 Lehrern entsprechen, um ein Drittel. In seinem Zwischenbericht an die Landesregierung hat auch das Unternehmensberatungsunternehmen Kienbaum den Umfang dieser Anrechnungs- und Entlastungsstunden kritisch festgehalten und eine Veränderung des Systems als sinnvoll bezeichnet. Die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Unterrichts muß im Zweifel Vorrang vor Freistellungen des Lehrers haben, begründet die F.D.P. ihren Umschichtungsantrag.

Frauenministerium auflösen

Dem Beispiel der saarländischen Landesregierung zu folgen und das Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann mit sofortiger Wirkung aufzulösen, fordert die F.D.P.-

Landtagsfraktion. Frauenpolitisch relevante Aufgaben seien als Querschnittsaufgaben wie bisher in die einzelnen Ministerien einzugliedern.

Das Frauenministerium ist nach Ansicht der Liberalen ein Papiertiger, der lediglich aus Steuergeldern hohe Personalkosten verschlingt, aber nach wie vor ohne Kompetenzen ist.

In anderen Bundesländern werden Frauenministerien aus den oben genannten Gründen erst gar nicht eingerichtet oder — wie im Saarland — nach kurzer Zeit wieder aufgelöst. Aufgrund der derzeitigen Finanz- und Haushalts-situation des Bundeslandes NRW und den anstehenden Problemen bei der Finanzierung der Hilfen für die neuen Bundesländer ist es nicht zu verantworten, ein Alibi-Frauenministerium weiter fortzuführen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Abfallwirtschaftsgesetz gegen Müllnotstand

Eines der Hauptthemen grüner Politik auf Landesebene sind die wachsenden Müllberge der Wohlstandsgesellschaft. Folgerichtig ist nun — nach knapp einem Jahr grüner Landtagsarbeit — ein eigener Entwurf für ein Abfallwirtschaftsgesetz NRW herausgebracht worden.

In Bayern hat der Gesetzentwurf der Bürgeraktion „Das bessere Müllkonzept“ neue Fakten geschaffen, hinter die auch das Land NRW so leicht nicht zurückfallen kann. Grundlage unseres Entwurfs ist deshalb das alternative Müllkonzept der bayerischen Bür-

gerinitiativen, Umwelt- und Naturschutzverbände.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen, Rohstoffe in Abfällen wiederverwenden oder verwerten zu können, ist das strikte Vermischungsverbot. Niemand käme auf die Idee, verschiedene Produkte (z. B. Computer, Quark und Klebstoff) in einer Fertigungsanlage herzustellen. Bei den gängigen Verfahren der Abfallwirtschaft — nämlich Verbrennung und Deponierung — ist dies allerdings die Regel.

Deshalb ist nicht nur im Hausmüllbereich, sondern insbesondere in den Betrieben das strikte Trennen von Sonderabfällen und Reststoffen schon am Entstehungsort die entscheidende Voraussetzung für umfassendes Recycling. Bestimmte Abfälle, für die in den nächsten Jahren Verwertungsverfahren möglich sind, sollen rückholbar zwischengelagert werden.

Die Eigentümer dieser Abfälle bleiben die Produzenten, die damit auch dann noch die Verantwortung über ihre Erzeugnisse behalten, wenn sie zu Abfall geworden sind. Für die Zwischenlagerung ist die öffentliche Hand verantwortlich. Die Gebühren sollen monatlich anfallen, damit für die Industrie finanzielle Anreize geschaffen werden, Vermeidungs- und Verwertungsverfahren zu entwickeln.

Der von den Grünen vorgelegte Gesetzentwurf bietet die Chance, die Mülllawine in NRW zu stoppen und das ohne den Zubau weiterer Müllverbrennungsanlagen. Allerdings muß bei den Gewerbeaufsichtsämtern, Immissionsschutz- und Abfallwirtschaftsbehörden in NRW der Vollzug deutlich verbessert werden. Auch auf Bundesebene bedarf es entsprechender Aktivitäten, insbesondere in den Problembereichen Verpackung und Chemieproduktion.

Lothar Hegemann stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

Der Hauptausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat am Donnerstag, 28. Februar, den CDU-Abgeordneten Lothar Hegemann einstimmig zu seinem neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Hegemann, auch stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion, wurde Nachfolger von Dr. Ottmar Pohl (CDU), der am 11. Januar nach schwerer Krankheit gestorben war.

Plätze zur Behandlung krebskranker Kinder

An eine Ausweitung der im Lande Nordrhein-Westfalen vorhandenen kideronkologischen Zentren ist nicht gedacht. Mit allen Universitätskliniken und dem Städtischen Kinderkrankenhaus Köln-Riehl sowie der Vestischen Kinderklinik in Datteln stehen insgesamt 133 Plätze zur Behandlung krebskranker Kinder zur Verfügung. Weitere Behandlungsmöglichkeiten bieten die großen Kinderkliniken. Durch die Konzentration solcher Spezialabteilungen für pädiatrische Hämatologie und Onkologie können mit überregionalen Behandlungsprotokollen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse erarbeitet werden und zu großen Heilerfolgen beitragen. In der Antwort des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) heißt es weiter, daß das Verhältnis von zu pflegenden Kindern und Pflegepersonen an den Universitätskliniken 1:1, in Köln-Riehl 1:1,5 und in Datteln 1:1,9 beträgt (Drs. 11/518).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmut Koegel-Dorfs, sowie Augustinus Henckel-Donnersmarck für das Katholische Büro laden zur nächsten Landtagsandacht ein. Sie findet am Donnerstag, 21. März, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtags statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 23 03, 884 23 04
und 884 25 45, btx: # 568 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschölsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

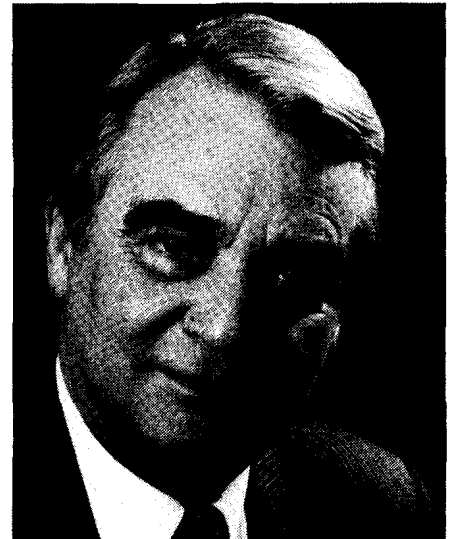
Porträt der Woche

„Junge, hast Du das auch gut überlegt?“ Hans Schwier, seit 1980 Minister in den Kabinetten von Johannes Rau, hörte die besorgte Frage seiner Mutter vor nahezu 21 Jahren, als er im Alter von 44 Jahren als wohlbestallter Schulrat sich anschickte, ein Abgeordneten-Mandat im nordrhein-westfälischen Landtag anzustreben. Die Sorge der alten Dame war ja nicht ganz unbegründet; die Einkünfte aus Abgeordnetentätigkeit und die bescheidene Pension eines Schulrats im einstweiligen Ruhestand machten zusammen gerade so viel aus wie das Amtsgehalt. „Die Familie mußte nicht darben“, erinnert Schwier sich heute. Die Tätigkeit als Landtagsabgeordneter erforderte auch 1970 schon die ganze Arbeitskraft, doch die finanzielle Entschädigung entsprach keineswegs dem, was später, nach dem Spruch der Verfassungsrichter über den „Full-time-Job“ eines Abgeordneten, gezahlt wurde. Daß mit der Neuregelung der gesetzlichen Stellung der Abgeordneten, die ja nicht nur die Vergütung festlegte, sondern auch viele Beamte und gut verdienende Freiberufler vor die Frage Beruf oder Mandat stellte, eine gewisse Negativauslese verbunden war, findet den Widerspruch des Ministers Schwier nicht.

Den Mut zu Unpopulärem hat Schwier auch bei vielen anderen Gelegenheiten bewiesen. Nie war übersteigertes Selbstbewußtsein der Antrieb dazu, sondern immer war sein Urteil, sein Handeln das Ergebnis einer vorurteilsfreien Prüfung des Sachverhalts. Freunde macht man sich damit nicht immer. So ist es auch kein Wunder, daß die Sprecher von Lehrerergewerkschaft und Lehrerverbänden nur selten gut auf den Kultusminister zu sprechen sind. Und auch die Bildungspolitiker der eigenen Partei und der SPD-Fraktion im Parlament sind häufig gar nicht mit dem einverstanden, was der „Genosse im Ministeramt“ tut oder unterläßt. Hier sollen Stichworte wie „flächendeckende“ Einführung der Gesamtschule, freiwilliger Verzicht der Lehrer auf vier Prozent des Gehalts zugunsten arbeitsloser Pädagogen, stärkeres Gewicht auf Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule und der ministerielle Hinweis darauf, daß 75 Tage Schulferien und 30tägiger Lehrerurlaub „zwei ganz verschiedene Dinge“ sind, genügen.

Obwohl die Landesverfassung nach Ansicht von Schwier in Fragen der Gesamtschule gar nicht so eindeutig ist, wie die Gesamtschulgegner argumentieren, geht der Minister, sehr zum Ärger der SPD-Verfechter dieser Schulform, bei der Einrichtung von Gesamtschulen eher behutsam vor. Sein Argument ist ebenso eindeutig wie überzeugend: „Schule kann man vernünftigerweise nur im Konsens betreiben, mit 51 Prozent Zustimmung geht es nicht.“ Die Erfahrung, daß man nicht gegen die Auffassung von respektablen Minderheiten regieren soll, hat noch der Abgeordnete Hans Schwier gemacht. Das von ihm und anderen Sozialdemokraten favorisierte Modell einer „Kooperativen Schule“ scheiterte im Frühjahr 1978 — entgegen vielen Erwartungen — in einem Volksbegehren. Die Lehre daraus hat der Minister beherzigt, obwohl der „gelernte Schulmann“ noch heute die „Koop-Schule“ für eine von der Sache und dem Interesse der Schulkinder her gebotenes Modell hält.

Wenig Freude bei den Ideologen jeder Couleur dürfte auch die Maxime Schwier's auslösen, daß es nicht gestattet sei, Schulkinder für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Und damit gar nicht erst der Verdacht aufkomme, lediglich eine ganz bestimmte Richtung sei gemeint, fügt er hinzu: „Gleichgültig, für welche Zwecke.“ Was treibt einen Mann, der unlängst seinen 65. Geburtstag gefeiert hat (und seiner Familie aus diesem Anlaß ein Abendessen in einem rheini-



Hans Schwier (SPD)

schen Sterne-Restaurant „schenke“), zu solcher Mahnung? Will er nichts mehr werden? Gewiß richtig. Doch das ist es nicht. Viel näher kommt man sicher seinem Motiv für die Offenherzigkeit in durchaus umstrittenen Komplexen, wenn man seine nachdenkliche Frage bemüht, ob es denn genüge, Erfahrungen bestenfalls nur schriftlich zu fixieren, ob es nicht besser und wirkungsvoller sei, sich in direkter Rede an die nachfolgende Generation zu wenden? Es ist nicht die Furcht, sich mit dem, was man niedergeschrieben hat, ein für alle Mal festzulegen, sondern er möchte gehört werden, will ankommen.

Für Opportunismus hat Schwier, der seit 41 Jahren der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und seit 39 Jahren der SPD angehört, nur milden Spott übrig. Er wählt dafür kein Beispiel aus der aktuellen Politik, sondern er bemüht die eigene Bibliothek. In ihr stehen auch Geschichtsbücher für die deutsche Schule, aus der Zeit des Großvaters, Schulmann wie der Enkel, des Vaters und der eigenen. Ein und derselbe Sachverhalt ist in ihnen unterschiedlich dargestellt. Jedesmal hatte der Autor die Staatsraison beachtet. Geschichtsschreibung ist ihrer Natur nach nicht nur die Sammlung und Echtheitsprüfung von Fakten, sondern immer auch ihre Zuordnung und Deutung. Und da sind die Freiräume weit oder auch die Gatter hoch.

Wie kritisch der nordrhein-westfälische Kultusminister aktuelle deutsche und sozialdemokratische Politik sieht, macht er wiederum nur an einem scheinbar harmlosen Beispiel deutlich. Sein Sohn, der an der Georgetown-Universität in Washington studiert, bat den Vater dringend um Unterlagen, um die deutsche Haltung zum Golfkrieg und gegenüber Deutschlands Nato-Verbündeten erläutern und vertreten zu können. Der Vater half mit Gedrucktem aus. Daß der Sohn darum bitten mußte, entlockte Schwier nur die besorgte Frage: „Ist das nicht schlimm?“

Wie lange wird Hans Schwier noch Minister sein? Das ist offen. Ganz selbstverständlich wäre es aber für ihn, wenn die Persönlichkeit, die im Landtagswahlkampf 1995 für die sozialdemokratische Kulturpolitik stehen soll, schon rechtzeitig im Ministeramt die nötige Erfahrung sammeln könnte. Wäre der Kultusminister, der 1983 auf Wunsch von Johannes Rau vom Wissenschaftsressort in das Kultusministerium wechselte, lieber Wissenschaftsminister geblieben? „Ja, Wissenschaftsminister wäre ich gern geblieben“, bekennt Schwier. Er ist der bislang einzige Inhaber dieses Ressorts, für dessen Verbleib im Amt die Rektoren aller wissenschaftlichen Hochschulen öffentlich eingetreten sind. Das ist mehr als eine Auszeichnung.

Karl Lohaus

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

vom 14. bis 18. März 1991

14. 3. **Manfred Böcker** (SPD), 51 J.

16. 3. **Erwin Pfänder** (SPD), 54 J.

18. 3. **Dr. Dieter Haak** (SPD), 53 J.

★

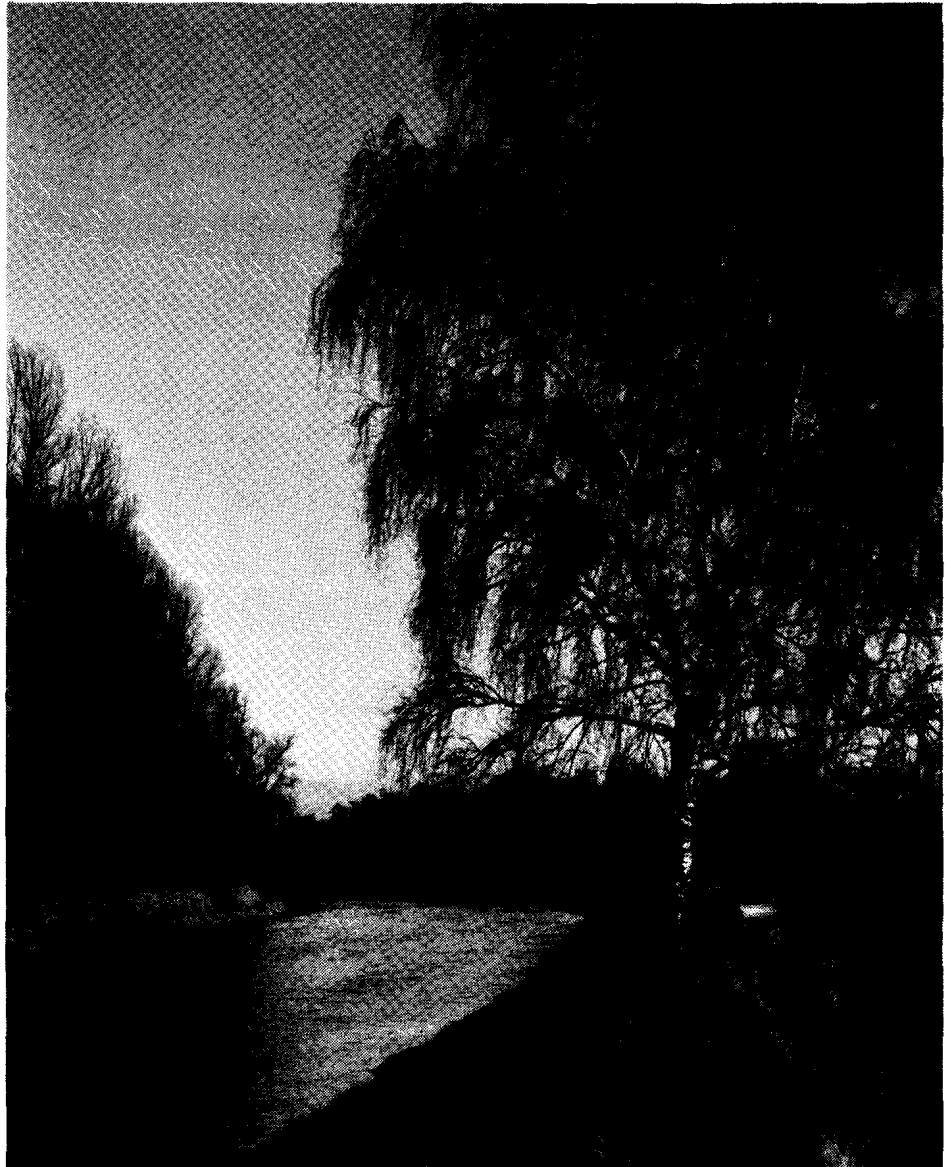
Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, ist jetzt auch gewähltes Mitglied des SPD-Landesvorstandes in Thüringen. Im letzten Landtagswahlkampf hatte er dort die Spitzenkandidatur für die SPD übernommen und, nach Brandenburg, das zweitbeste Ergebnis für die Sozialdemokraten geholt; die CDU hatte in Thüringen die größten Einbußen. Farthmann hatte sich sofort nach der Landtagswahl bereiterklärt, aktiv den Aufbau der SPD in Thüringen mitzugestalten. Jetzt wählten ihn die Delegierten mit dem mit Abstand besten Ergebnis in den Landesvorstand.

★

Herbert Reul, CDU-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ist auf dem Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 1. März 1991 in Bielefeld zum Generalsekretär gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag. Reul war einziger Kandidat und erhielt 550 von 602 gültigen Stimmen. Das entspricht 92,85 Prozent. 43 Delegierte stimmten gegen ihn, 14 enthielten sich der Stimme. Der bisherige Landesvorsitzende, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, wurde mit 84 Prozent der Stimmen wiedergewählt. In den fünfköpfigen stellvertretenden Landesvorsitz wurde ein CDU-Landtagsabgeordneter gewählt: **Eckhard Uhlenberg** erhielt 447 von 613 gültigen Stimmen (72,92 Prozent) und damit das höchste Ergebnis bei den Stellvertretern. Die Wahl des stellvertretenden Schatzmeisters fiel auf den CDU-Landtagsabgeordneten **Laurenz Meyer**. Als einziger Kandidat erhielt er 490 von 532 gültigen Stimmen (92,1 Prozent). In den Landesvorstand mit 31 weiteren Mitgliedern wurden die Landtagsabgeordneten **Ruth Hieronymi** mit 512 Stimmen (85,19 Prozent), **Hermann-Josef Arentz** mit dem gleichen Ergebnis, **Dr. Jörg Twenhöven** mit 495 Stimmen (82,36 Prozent), **Antonius Rösenberg** mit 440 Stimmen (73,21 Prozent), **Leo Dautzenberg** mit 419 Stimmen (69,71 Prozent), **Helmut Diegel** mit 401 Stimmen (66,72 Prozent), Professor **Dr. Renate Möhrmann** mit 391 Stimmen (65,05 Prozent), **Lothar Hegemann** mit 386 Stimmen (64,22 Prozent), **Albert Leifert** mit 385 Stimmen (64,05 Prozent) und **Heinz Hardt** mit 377 Stimmen (62,72 Prozent) gewählt.

★

Heinrich Ostrop (CDU), von 1966 bis 1985 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags und Vorsitzender des damaligen Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, ist vom Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) anstelle des verstorbenen CDU-Politikers **Dr. Ottmar Pohl** zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.



Tal der Niers ist eine Reise wert

Sie verläuft fast parallel zur niederländischen Grenze durch das niederrheinische Tiefland nach Norden, die Niers, ein 120 Kilometer langer Fluß, der zwar in Nordrhein-Westfalen, um genau zu sein, südlich von Mönchengladbach entspringt, aber nicht in NRW endet. Flüsse machen vor politischen Grenzen nicht halt, und so schiebt sich die Niers auf holländischer Seite gemächlich weiter in Richtung Maas. Dort mündet sie, nun Neers genannt, unweit des niederländischen Ortes Gennep. Das mittlere und untere Tal der Niers auf deutscher Seite ist wegen seiner landschaftlichen Schönheit schon eine Reise wert. Auch die Orte, die an ihr liegen, lohnen einen Abstecher. Obwohl ihnen allen im Zweiten Weltkrieg übel mitgespielt wurde, sind sie ansprechend hergerichtet und zum Teil restauriert. Da ist Geldern, das erstmalig 1001 urkundlich erwähnt wurde und 1229 Stadtrecht erhielt. Das historische Karmeliterkloster mit Kirche aus dem 15. und der Mühlen-turm aus dem 13. Jahrhundert sind Gelderner Beispiele für restaurative Bemühungen um die Bauhistorie. Da ist Goch am Südrand des Reichswaldes mit seinem sehenswerten Steintor aus dem 14. und dem Patrizierhaus „Zu den fünf Ringen“ aus dem 16. Jahrhundert. Das Bild zeigt einen Ausschnitt der Niers bei Weeze, ein Ort, der bereits 855 erwähnt wurde. Dort sind die Schlösser Kalbeck und Wissen sehenswert. Foto: Schüler